
**Verabschiedung des Präsidenten
Prof. Dr. rer. nat. Nikolaus Fiebiger
und
Amtsübergabe an den Rektor
Prof. Dr. phil. Gotthard Jasper
18. Mai 1990**

Impressum

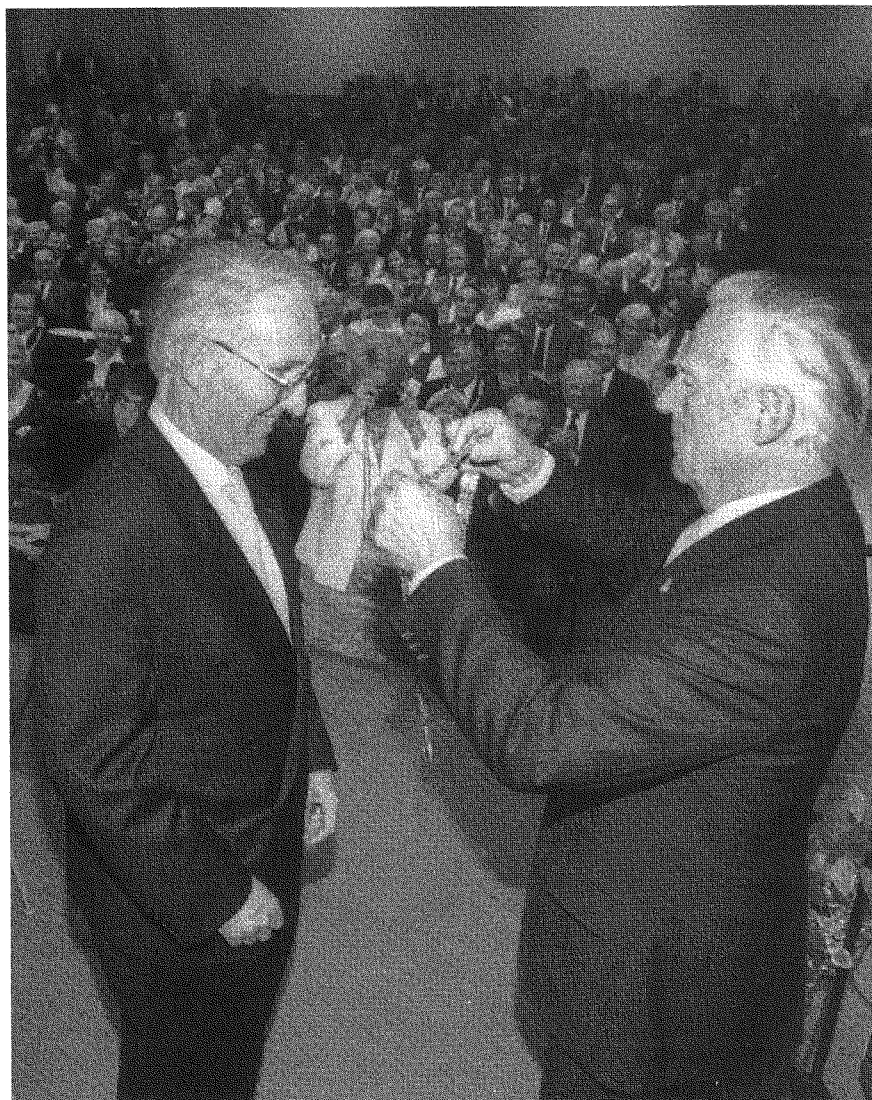
Herausgeber:
Der Rektor der
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Redaktion und Gestaltung:
Sachgebiet für Öffentlichkeitsarbeit
der Universität
Schloßplatz 4, D-8520 Erlangen

Die Veröffentlichung des Textes
oder einzelner Teile daraus
ist nur mit Genehmigung
des Herausgebers bzw. des Autors
gestattet.
ISSN 0423-345 X

INHALT

Begrüßung der Gäste Prorektor Prof. Dr. Günther Buttler	S. 7
Ansprache Präsident Prof. Dr. Nikolaus Fiebiger	S. 9
Worte des Dankes Rektor Prof. Dr. Gotthard Jasper	S. 13
Grußwort der Bayerischen Staatsregierung Hans Zehetmair, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst	S. 19
Grußwort der Westdeutschen Rektorenkonferenz Vizepräsident Prof. Dr. Klaus Ring	S. 24
Grußwort der Bayerischen Rektorenkonferenz Präsident Prof. Dr. Wulf Steinmann, Federführender	S. 26
Grußwort der Region und der Stadt Erlangen Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg	S. 29
Grußwort der Studierenden der FAU Stud. phil. Astrid Ley, Vorsitzende des Studentischen Konvents	S. 31
Rektoratsrede "Weimarer Verhältnisse". Zur Dynamik eines historisch-politischen Arguments Prof. Dr. Gotthard Jasper	S. 33
Daten zur Person: Prof. Dr. Nikolaus Fiebiger Prof. Dr. Gotthard Jasper	S. 47 S. 49



Feierliche Übergabe der Amtskette: Präsident Prof. Dr. rer. nat. Nikolaus Fiebiger übergibt sein Amt an den neuen Rektor, Prof. Dr. phil. Gotthard Jasper (Foto: Fuchs)

Begrüßung der Gäste

Prorektor Prof. Dr. Günther Buttler

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Sie sind gekommen, um dabeizusein, wenn der scheidende Präsident, Professor Fiebiger, nach über 20-jähriger Amtszeit die Leitung der Universität offiziell seinem Nachfolger, dem Rektor Professor Jasper, übergibt. Dazu heiße ich Sie im Namen der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ganz herzlich willkommen.

Wenn sich an einem Freitagnachmittag, noch dazu an einem solch schönen Freitagnachmittag, so viele Menschen hier versammeln, so ist das wohl Beweis genug für das Ansehen, das unsere Universität in der Gesellschaft genießt. Denn schließlich ist dies, um im Jargon der Studenten zu sprechen, für Sie keine Pflicht-, sondern eine Lustveranstaltung.

Ich würde Sie daher gern alle persönlich begrüßen. Damit würde ich wahrscheinlich aber selbst Ihr Engagement für die Universität überstrapazieren. Wenn ich hier nur wenige Namen nenne, so ist das im übrigen charakteristisch für die heutige Universität. Bei der großen Zahl kann nicht jeder die Aufmerksamkeit erhalten, die er eigentlich verdient.

An der Spitze der Auserwählten steht unser oberster Dienstherr, was sage ich, unser Förderer, Herr Staatsminister Ze-

hetmair. Ich hoffe, daß Sie, Herr Minister, Ihren Besuch hier nicht nur aus Pflichtbewußtsein machen. Wir jedenfalls freuen uns immer wieder über Ihr Kommen. Bei Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Vorndran, weiß ich, daß Sie gerne hier sind. Schließlich ist die Universität Erlangen-Nürnberg gewissermaßen "Ihre" Universität.

Wo die Regierung ist, darf natürlich das Parlament nicht fehlen. Gleich drei Parlamente sind durch namhafte Mitglieder vertreten. Ich begrüße die Mitglieder des Europaparlaments, des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages sowie die Vertreter des Bayerischen Senats.

Ministerien, Regierungsbezirk, Landkreis und Kommunen zeigen durch das Kommen ihrer Repräsentanten, daß auch sie die Universität schätzen. Zwei Persönlichkeiten möchte ich besonders erwähnen. Herrn Regierungspräsidenten von Mosch, der soeben wieder zum Vorsitzenden unseres Kuratoriums gewählt wurde - herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle - und Herrn Oberbürgermeister Dr. Hahlweg, der es übernommen hat, auf dieser Veranstaltung für die Region zu sprechen.

Nicht vergessen seien die Repräsentanten der Kirchen, der Justizverwaltung, von Bundes- und Landesbehörden, von

Kammern und Verbänden. Den Vertretern der Wirtschaft möchte ich sagen, daß wir uns nicht nur an Sie wenden, wenn wir materielle Unterstützung brauchen.

Daß eine Amtsübergabe für die Hochschule eine ganz wichtige Angelegenheit ist, zeigt die Anwesenheit der Präsidenten und Rektoren zahlreicher Hochschulen, der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Bildenden Künste Nürnberg. Für Sie alle begrüße ich stellvertretend Prof. Ring, den Vizepräsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz und Prof. Steinmann, den Federführenden der Bayerischen Rektorenkonferenz und Präsidenten der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Einen Ehrengast möchte ich aber doch noch erwähnen. Wie Sie sicher wissen, hat die Universität Erlangen-Nürnberg vor kurzem einen Partnerschaftsvertrag mit der Universität Jena geschlossen. Ihr oberster Repräsentant, Magnifizenz Schmutzer, ist heute zu uns gekommen. Sein Besuch wird dazu beitragen, die noch jungen, aber bereits vielfältigen Verbindungen zwischen unseren Hochschulen weiter zu verstärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist eine akademische Feier, an der selbstverständlich auch Mitglieder dieser Universität teilnehmen. Es wären sicher noch viel mehr gekommen, wenn nicht die beengten Raumverhältnisse selbst für den Besuch dieser Feier einen Numerus clausus notwendig gemacht hätten. Dennoch sind alle Gruppen der Universität vertreten, vorneweg

die Herren Ehrensensatoren, Ehrenbürger und Kuratoren, die Altrektoren und unser Altkanzler, die Damen und Herren Dekane, die Mitglieder des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals und last not least die Studenten, angeführt heute von Frau Ley, die einige Gedanken der Studentenschaft zum Amtswechsel vortragen wird.

Sie alle, meine Damen und Herren, zeigen durch Ihre Anwesenheit, daß Ihnen diese Universität wichtig ist. Dafür danke ich Ihnen. Ich wünsche mir, daß Sie Ihre Wertschätzung der Universität auch in Zukunft erhalten. Daß die Universität Erlangen-Nürnberg heute so angesehen ist, ist ganz wesentlich das Verdienst des scheidenden Präsidenten. Vielleicht verrät er uns jetzt in seinem Bericht, wie er das geschafft hat. Da er aber ein Mann ist, der den Blick stets nach vorn gerichtet hat, wird er uns gewiß aus seiner reichen Erfahrung ein paar Empfehlungen mit auf den Weg geben.

Ansprache

Präsident Prof. Dr. Nikolaus Fiebiger

Sehr verehrter Herr Minister, verehrte Gäste, Magnifizenz, liebe Angehörige der Friedrich-Alexander-Universität!

Ein Amtswechsel ist in allen Institutionen ein durchaus natürlicher Vorgang, mag auch die Vorgeschichte mitunter turbulent, ja dramatisch sein, was sie hier nicht ist. Aber ein Amtswechsel ist auch ein bedeutender Vorgang, weil ein Amt, bei aller juristischen Festlegung von Rechten und Pflichten, vom Inhaber geprägt ist. Und das gilt auch für die Universität, ja, ich möchte sagen, es gilt besonders für die Universität. Sie hat unter den Kandidaten Vertreter der verschiedensten Fächer, und es ist sicherlich prägend für ein Amt, welche Ausbildung, welche Erziehung man genossen hat. Wenn auf einen Naturwissenschaftler ein Geisteswissenschaftler folgt, wird zwangsläufig die eine oder andere Sache anders gesehen, es gibt andere Vorstellungen und Prioritäten. Ich halte die unterschiedliche Einstellung nicht nur für selbstverständlich, sondern in einer Universität auch für notwendig.

Die Autorität eines Amtsinhabers hängt letztlich wenig von rechtlichen Befugnissen ab, die muß sich jeder Amtsinhaber, ich möchte sagen täglich, neu er-

werben. Die Zeit verbietet es mir, meine Erfahrungen in dieser Hinsicht hier und heute darzutun und vor allem, die Freude und die Dankbarkeit zu beschreiben, die einen erfüllt, wenn es gelingt, eigene Vorstellungen und Ideen zu verwirklichen. Die Freude haben Sie mir, sehr verehrte Gäste, hoffentlich ab und zu angesehen. Über meine Dankbarkeit möchte ich heute als erstes etwas sagen. Zunächst danke ich allen Anwesenden für ihr Kommen. Ich bin sehr gerührt, daß einige aus großer Entfernung heute nach Erlangen den Weg gefunden haben; ich verstehe aber natürlich auch die Neugierde, den Neuen zu sehen und zu hören.

Den Dank möchte ich zunächst nach außen bekunden für das Wohlwollen, das ich in Politik und beim Staat gefunden habe, repräsentiert durch Sie, Herr Minister. Aber auch das Entgegenkommen, die Hilfe der Region, der Kommunen, der Wirtschaft, auch der Bürgerschaft weiß ich ebenso zu würdigen wie die Unterstützung und den Beistand der wissenschaftlichen Organisationen und Verbände über die Grenzen Bayerns und der Bundesrepublik hinaus. Mein Dank richtet sich nach innen an alle Mitglieder der Friedrich-Alexander-Universität, auch den inzwischen aus dem aktiven Dienst Geschiedenen bin ich dankbar. Nur gemeinsam können wir etwas leisten. Ich habe, wenn ich an die Universi-

tät denke, immer eine Vision. Ich denke, daß es die Aufgabe, meine Aufgabe war, daraus eine feste Mauer zu bauen. Nun ist das relativ einfach, wenn man rechteckig geformte Ziegel hat, die setzt man schön genau übereinander, da geht's gut und leicht. Aber an einer Universität haben wir nur Individualisten, die sich mit kompliziert geformten Feldsteinen beschreiben lassen. Da kann man hier und da vielleicht eine überstehende Ecke abspitzeln, aber im Großen und Ganzen hilft nur Mörtel, um eine feste Mauer zu errichten. Und ich hatte den Eindruck, daß meine Tätigkeit im wesentlichen darin bestand, Mörtel anzurühren.

Natürlich richtet sich mein Dank in besonderer Weise an die engsten Mitarbeiter der Verwaltung und des Sekretariats, an die Vizepräsidenten und den Kanzler, auch an meine Familie für ihr geduldiges Ertragen und, für mich ganz entscheidend, an den Herrgott für Gesundheit und Stehvermögen, das er mir verliehen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Blick auf das Programm erlaube ich mir eine Bemerkung, sozusagen vorbeugend für die folgenden Redner: Ein US-Konzern hat kürzlich beschlossen, für ausscheidende Topmanager nach drei Jahren eine Neubewertung der Bezüge vorzunehmen, nach oben oder nach unten nach Maßgabe der inzwischen erkennbaren Weisheit der seinerzeitigen Beschlüsse und Entscheidungen. Im vorliegenden Falle, in meinem, gibt es für eine ähnliche Verfahrensweise sicher Schwierigkeiten wegen Verwaltungs- und Bemessungs-

problemen, aber ich möchte doch an meine Nachredner appellieren, diesen Gedanken aufzugreifen und sich hier und heute eine entsprechende Zurückhaltung aufzuerlegen, wobei ich davon ausgehe, daß alle so erfahrene Redner sind, daß sie sich nicht an ihr Manuskript zu halten brauchen.

Ich möchte nun noch einige Sätze sagen über die Vorstellungen, die mich in all den Jahren gelehrt haben; ich werde dabei nicht auf Einzelheiten zurückblicken, und ich werde ganz sicher keine Empfehlungen aussprechen. Viele in der Universität und auch außerhalb haben in mir den Präsidenten für Medizin und Technik gesehen und mir das auch gesagt. Ich will hoffen, daß auch die anderen Fakultäten sich gut aufgehoben gefühlt haben. Aber es ist meine Überzeugung, und ich glaube das ist inzwischen Allgemeingut geworden, daß eine Universität weit in die Region, ihre jeweilige Region, ausstrahlen muß. Dies zeigt sich am deutlichsten eben in der Medizin und in der Technik. In der Medizin sind unsere Kliniken und Ärzte für viele, viele Patienten, für die Bevölkerung, nicht nur der Umgebung, aber besonders hier, letztlich verantwortlich und daraus resultieren enge Beziehungen. Sicherlich liegt das besondere Interesse eines Universitätspräsidenten an der Medizin auch darin, daß die Medizinische Fakultät die Hälfte des Personals der Universität in Anspruch nimmt und auch die Hälfte des Etats. Ich füge aber gern hinzu, daß ich mich auch persönlich für Fragen der Medizin interessiere. Auch für die technischen Wissenschaften gilt, daß sie in mannigfacher Weise in die Region ausstrahlen. Die Universi-

tät muß sich um entsprechende Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bemühen, ohne dabei Einbußen an ihrer Unabhängigkeit zu erleiden und ihre Ziele in Forschung und Lehre aus den Augen zu verlieren. Die Erfahrung lehrt uns, wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es vielleicht der Universität gut, wenn es der Wirtschaft schlecht geht, geht es uns bestimmt schlecht. Das heißt doch aber, wenn wir versuchen, mit unseren Möglichkeiten die Wirtschaft, besonders in unserer Region, zu fördern, dann fördern wir uns eigentlich selbst. Insbesondere der Mittelstand ist es, dem wir unsere Erfahrungen und Möglichkeiten zugänglich machen sollen, ja müssen.

Nach meinen Erfahrungen und Erkenntnissen gibt es im Wissenschaftsbereich generell einige große Probleme, deren Lösungen entscheidend für die weitere Entwicklung sind. Ich will nur ganz knapp einige wesentliche anführen und dabei eigentlich nur zusammenfassen, was ich schon oft gesagt und geschrieben habe. Es sind dies fünf Fragen, die mich in diesen Jahren immer wieder bewegt haben.

- **Wissenschaftlicher Nachwuchs:**

Wissenschaft wird von Personen gemacht, nicht von Institutionen. Es ist die Aufgabe der Universität, die geeigneten Wissenschaftler auszusuchen, auszubilden und zu qualifizieren. Dabei muß die Universität auch die quantitativen Anforderungen beachten.

- **Flexibilität:**

Eine Universität braucht mehr Flexibilität als uns derzeit die Haushalts- und

Personalpolitik gewährt, um den Herausforderungen, die von innen und außen an uns gestellt werden, gewachsen zu sein. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn von der Genehmigung eines Bauprogrammes bis zur Fertigstellung und dem Bezug des Gebäudes sechs bis acht Jahre vergehen, dann kann die Universität nicht flexibel auf Herausforderungen reagieren.

- **Struktur und Organisation der Forschung:**

Wir müssen uns Gedanken machen über die Struktur und Organisation der Forschung. Es muß sichergestellt sein, daß die Universitäten ihr Ausbildungsmonopol für akademische Berufe, ihr Privileg für Graduierung und Promotion und ihren Auftrag zur Forschung hinreichend wahrnehmen und die Erwartungen erfüllen können.

- **Zielgerichtete Grundlagenforschung:**

Wir brauchen strategisches Denken in Bezug auf die wissenschaftlich-technische Entwicklung und dazu eine gemeinsame, vorwettbewerbliche Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft, mit einer, wie ich es formulieren möchte, zielgerichteten Grundlagenforschung, um der japanischen Herausforderung standzuhalten.

- **Europagedanke:**

Und letztes müssen wir auch von der Universität her den Europagedanken ganz besonders betonen und unter Nutzung unseres Potentials den gebührenden Beitrag leisten, damit die Bundesrepublik den gebührenden Platz in Europa einnehmen kann.

Da ich weiterhin Gremien angehöre, die sich einschlägig mit den genannten Fragen befassen, hoffe ich, daß es mir möglich ist, auch in Zukunft dafür zu arbeiten und zum Wohle aller unserer Universitäten bei der Lösung dieser Probleme mitzuhelfen. Damit bleibe ich sicherlich auch weiterhin mittelbar mit der Friedrich-Alexander-Universität verbunden, der ich viele Jahre sehr unmittelbar dienen konnte.

Nun darf ich die Verantwortung abgeben, in Ihre Hände legen, Magnifizenz. Ein Symbol dafür ist die Amtskette, die den jeweiligen Träger auszeichnet, ihn aber auch in die Pflicht nimmt und die ich Ihnen nun übergeben darf. Ich fühle mich als vorläufig letzter in einer langen Reihe von Rektoren. Ein Präsident als Amtsinhaber ist sozusagen ein Fehltritt in dieser Reihe.

Im Namen aller meiner Vorgänger darf ich Ihnen, Magnifizenz, Glück wünschen bei all Ihrem Tun, Weisheit für die Entscheidungen und daß Sie allezeit herausragende und kooperationsfreudige Hochschullehrer, loyale und tüchtige Mitarbeiter und neugierige und fleißige Studenten haben. Der Friedrich-Alexander-Universität gelten alle meine guten Wünsche für eine gedeihliche Entwicklung.

Worte des Dankes

Rektor Prof. Dr. Gotthard Jasper

Verehrter Herr Präsident,
lieber Herr Fiebiger!

Die Reihe der Rektoren der Universität haben Sie einmal mit Staffelläufern verglichen, die - aus der Professorenschaft hervortretend - den Stab - die Amtskette - übernehmen, um diese dann nach einem Lauf in schwierigem Gelände an den Nachfolger zu übergeben. Diesem Bild würde es entsprechen, wenn ich unverzüglich auf die Strecke ginge. Staffelläufer halten nicht inne, schauen nicht zurück, sondern haben das zukünftige Ziel in den Blick zu nehmen. Doch für den Stabwechsel 1990 gelten andere Regeln, weil Sie aufgrund Ihrer unvergleichlichen Kondition gleich mehrere Runden liefen und dabei - um im Bilde zu bleiben - so viel Vorsprung vor der Konkurrenz eroberten, daß ich jetzt einen Moment verharren kann, um meinem "Vorläufer" ein Wort des Dankes zu sagen.

Ich will an dieser Stelle nicht Ihre Verdienste um Medizin und Technische Fakultät, um Hochschulplanung und Fiebiger-Programm, um die Schätze unserer Bibliothek und was dergleichen mehr ist, aufzählen. Wir haben diese in einem Sonderheft unseres UniKuriere dargestellt, das für Sie und alle Gäste am Ausgang bereitliegt. Mir geht es hier darum,

dem persönlichen Verhältnis von Nikolaus Fiebiger zu seiner Universität und seinem Amtsverständnis nachzuspüren, weil - wie mir scheint - darin die Fundamente für die Erfolge seiner Amtszeit zu suchen sind.

Nikolaus Fiebiger ist ein Mann der klaren Worte. An ihm wird sein schneller Blick auf die zentralen Punkte und die langfristige Perspektive seines strategischen Denkens gerühmt. Der naturwissenschaftlich exakten Unterscheidung zwischen richtig und falsch fühlt sich der Physiker verpflichtet. Er liebt darum, im klaren Ja oder Nein zu argumentieren, im Einerseits-Andererseits dialektischen Denkens sieht er eher eine Hemmung entscheidungsfreudigen Handelns. Diesem Bild des Präsidenten entspricht die Vorstellung, er sei vor allem ein Präsident der Naturwissenschaften, die Technische Fakultät sei sein liebstes Kind und allenfalls die Medizin habe gleichviel präsidiale Zuneigung gefunden.

So viele Indizien auch für die Richtigkeit solcher Bilder sprechen, ich glaube, sie sind falsch, weil sie nur die halbe Wahrheit enthalten. Das eigentliche Geheimnis der Erfolge von Nikolaus Fiebiger ist, daß es immer auch noch einen anderen Fiebiger gab, der sich aller eindeutigen Zuschreibungen entzog.

Nikolaus Fiebiger hatte nämlich zu jeder Fakultät eine sehr persönlich geprägte Beziehung. Nähe aber auch Unabhängigkeit und Distanz verbanden sich hier in einem produktiven Spannungsreichtum. Gewiß, Fiebiger bekannte sich immer zu seiner Herkunft aus der Physik. Wenn ein bedeutender Minister, Hochschulpräsident oder Industriemanager über ein Physikdiplom verfügte, versäumte Fiebiger nie, auf diese Herkunft voller Genugtuung hinzuweisen. Nur die Tatsache, aus Schlesien zu stammen, konnte solche Kennzeichnung noch übertrumpfen. Aber der Präsident war alles andere als ein Präsident der Physiker. Seine Auffassung von seinen gesamtuniversitären Pflichten schuf Distanz zum eigenen Fach.

Gleiche Unabhängigkeit wahrte der Präsident auch gegenüber der Technik. Bei aller energischen Förderung dieser Fakultät, Fiebiger war nie ein Nur-Techniker. Er betonte stets die Notwendigkeit, den Graben zwischen Naturwissenschaft und Technik einerseits und Geistes- und Sozialwissenschaften andererseits zu schließen. Die Einbettung der Technik in eine klassische Universität mit selbstbewußten traditionsreichen geisteswissenschaftlichen Fakultäten hat er immer als besondere Chance für die Friedrich-Alexander-Universität und ihre Technische Fakultät begriffen. Darum war er mit Recht stolz, als es ihm gelang, das Abrundungskonzept zum Ausbau der Technischen Fakultät einstimmig, d. h. auch mit Zustimmung der Nicht-Techniker, durch den Senat zu bringen. Erfolgreich verhinderte er, daß die Philosophischen Fakultäten als Steinbruch für den Ausbau der Technik

benutzt wurden. Statt dessen trug er entscheidend dazu bei, daß der Abbau von Lehrerausbildungskapazität neue Akzente in den Geisteswissenschaften zu setzen erlaubte. Mannhaft widerstand der Präsident auch dem Expansionsdrang der Betriebswirte, die aus sozialwissenschaftlichen Orchideenfächern gerne weitere betriebswirtschaftliche Speziallehrstühle gemacht hätten. Eine allzu enge Fachausbildung lief seinen Vorstellungen vom universitären Bildungsauftrag zuwider.

Ich betrachte es darum als einen besonderen Glücksfall, daß ein Geisteswissenschaftler dem Präsidenten heute den Dank der gesamten Alma mater übermitteln darf. Das Verhältnis Fiebigers zu den "Buchwissenschaften" ist ja viel komplizierter, als es das Bild vom reinen Naturwissenschaftler Fiebiger wahrhaben will. Gewiß, die philosophischen Fachkollegen fühlten sich oft mißverstanden und durch bohrendes Fragen nach Drittmittelprojekten irritiert. Die einfachen Wahrheiten des Präsidenten - mit pointierter Deutlichkeit verkündet - waren ihnen oft nicht differenziert genug, doch sie verkannten Fiebigers heimliche Liebe zu den Geisteswissenschaften und seine Bereitschaft, wo immer er konnte, gleichsam als Gasthörer dieser Disziplinen hinzuzulernen.

Diese Liebe hatte Substanz. Wer z. B. Fiebiger die Geschichte der Universität erzählen hörte mit Ausflügen in die allgemeine Geistes- und Sozialgeschichte, der glaubte, einen gelehrten Historiker vor sich zu sehen. Niemand - auch kein Philologe - täusche sich auch über die sprachliche Sensibilität des Präsidenten.

Alle, die je dem Präsidenten Briefentwürfe gemacht haben, wissen, wovon ich rede. Mit geradezu zwanghafter Präzision, die jedem Oberlehrer Ehre gemacht hätte, erspähte er nicht nur blitzschnell alle grammatikalischen und orthographischen Fehler, sondern er fand auch die sprachlichen Ungenauigkeiten und logischen Brüche des Entwurfs. Zeugnis dieser sprachlichen Fähigkeiten sind auch die plastischen Wortschöpfungen wie z. B. "Reisephysik" oder "Zersiedelung der Forschungslandschaft", mit denen unser Präsident die hochschulpolitische Diskussion bereicherte. Daß wir vom "Abrundungskonzept" der Technischen Fakultät reden, ist ein besonders gelungenes Beispiel für diese Sprachkunst. Der von ihm geprägte Begriff bringt präzise zum Ausdruck, daß mit diesem Konzept keine zusätzlichen Studiengänge errichtet werden, sondern nur die bestehenden abzurunden sind. Daß es sich dabei in der Sache gleichwohl um einen massiven Ausbau handelt, den man ebensogut auch als Abrundung hätte bezeichnen können, ist zwar formal richtig, wäre aber politisch unklug gewesen. Abrundung klingt viel bescheidener als Aufrundung und erleichtert so die politische Durchsetzung.

Zu den historischen und sprachlichen Meriten kommt des Präsidenten unbezweifelbarer pädagogischer Eros. Der Lehrersohn Fiebiger zeigte stets waches Interesse an einer praxisnahen Lehrerbildung, in der die Didaktik und auch die musischen Fächer ihren gebührenden Platz haben. Daß an ihm ein guter Lehrer verloren ging, zeigt nicht nur seine Fähigkeit, sondern auch seine unbegrenzte Lust, komplizierte Zusam-

menhänge gleichsam an den Fingern einer Hand abzählend so zu strukturieren, daß sie jedermann verständlich werden.

Präsident Fiebiger - so scheint mir - hat zwar Physik studiert, aber gleichsam im Selbststudium auch alle anderen Fakultäten durchlaufen. Die Mediziner haben ihn deshalb mit Brief und Siegel ganz offiziell zum "Angelernten Mediziner" ernannt, wobei seine robuste Gesundheit ihn davor bewahrte, als Patient auf die Medizin angewiesen zu sein. Seine juristischen Studienerfolge zusammenfassend bezeichnet Nikolaus Fiebiger sich selbstbewußt als Experimentaljuristen. Hoher Respekt vor Recht und Gesetz verbindet sich hier mit der Fähigkeit, Auskunftersuchen an Juristen so zu formulieren, daß die Antwort die Durchsetzung der eigenen Ziele juristisch absichert und den Handlungsspielraum nicht fesselt.

Sehr intensiv sind Fiebigers Beziehungen zur Informatik. Ihr widmete er seine erste Rektoratsrede 1969. Sein Glaube an ihre Möglichkeiten ließ ihn früh die Instrumente der Datenverarbeitung in der Hochschulplanung und Hochschulverwaltung einsetzen. Er selbst hat zwar bis heute keinen Computer, aber wenn immer Fiebiger es mit Zahlen zu tun bekommt, dann braucht er eigentlich keinen Computer, er ist sein eigener PC.

Auch dem Sportzentrum, um ein letztes Beispiel anzufügen, fühlte sich Fiebiger fest verbunden. Daß das kraftzehrende Amt eines Universitätspräsidenten Fitneß verlangt, war ihm stets bewußt.

Seine morgendliche Gymnastik war so effektiv, daß er mühelos in der Lage war, nach opulenter Bewirtung durch einen in Erlangen ansässigen Weltkonzern auf der mitternächtlichen Henkestraße durch Rumpfbeugen, bis die Hände flach auf der Straße lagen, und durch Kniebeugen auf einem Bein wesentlich jüngere Kollegen auszustecken.

Unser Präsident, das dürfte klar geworden sein, ist allen Fakultäten innerlich verbunden. Damit erklärt sich sein Erfolg. Voll verständlich wird dieser allerdings nur bei einem zusätzlichen Blick auf Fiebiger als Hochschulpolitiker. Auch hier gilt es, Spannungsreiches zu entdecken. Fiebiger war politisch und unpolitisch zugleich. Seinen pragmatisch konservativen Sinn für das Machbare muß man politisch nennen, aber bei aller Bereitschaft, Mehrheits- und Machtverhältnisse zu berücksichtigen, der Parteipolitik und einer Politisierung der Hochschule hat er sich immer entzogen. Hier konnte er unpolitisch in gutem Sinne sein. Sein Insistieren auf Beweisbarem ließ ihn bei der Handhabung des Radikalen-Erlasses Liberalität beweisen. Fachliche Kriterien galten ihm auch sonst mehr als Parteizugehörigkeit. Sie blieben für ihn in Geltung, auch wenn das unbequem werden konnte.

Seine Auffassung, der Präsident einer Hochschule habe langfristige Ziele zu entwickeln und für deren Durchsetzung zu kämpfen, ist gewiß eine politische Amtsauffassung. Repräsentation trat demgegenüber in den Hintergrund. Für die Durchsetzung seiner Ziele hätte Nikolaus Fiebiger zu gerne die umfassenden Entscheidungskompetenzen eines

amerikanischen Hochschulpräsidenten besessen. Doch weil er über diese Vollmachten nicht verfügte, konnte er viel unbekümmerter und provokativer seine Ziele und Forderungen formulieren - unbelastet vom Zwang zur Umsetzung in den Alltag. Diese Aufgabe verblieb der aufstöhnenden Ministerialverwaltung oder forderte den im Stillen für die Details sorgenden Kanzler Köhler, der ihn fast seine ganze Amtszeit begleitete.

Fiebigers hochschulpolitischer Argumentationsstil hatte etwas von den klaren kräftigen Konturen eines Holzschnittes, und das war durchaus politisch kalkuliert. Fiebiger vertraute der entwaffnenden Klarheit seiner mit voller Überzeugung vorgetragenen Prinzipien. Wer differenzierungsbereit alle Gegenargumente immer schon mitbedachte, mag sich da zuweilen wie vom Holzhammer getroffen gefühlt haben und stand relativ wehrlos da. So sehr Fiebiger sich dann darüber freute, so kannte er natürlich doch auch die Grenzen seiner einfachen Wahrheiten. Seine Formel: Er habe zwar immer Recht gehabt, aber selten Recht bekommen, macht das deutlich. Diese Formel demonstriert nämlich nicht nur das stets gute Gewissen des Präsidenten, das seinem politischen Handeln Frustrationsfestigkeit und Durchschlagskraft verlieh, sondern diese Formel verrät auch, daß dem Präsidenten durchaus auch bewußt war, daß hart im Raume sich die Sachen stoßen.

Selbst seine Unlust, seine Thesen schriftlich zu fixieren, ist Ausdruck dieses Bewußtseins. Im Gespräch oder Vortrag wird durch Minenspiel, Gestik

oder einen angefügten Scherz der harten Eindeutigkeit seiner Thesen die Aggressivität genommen, während der schriftlich fixierte Text gerade diese lebensvollen Konnotationen nicht mehr transportieren kann.

Nichts wäre jedoch falscher, als Nikolaus Fiebiger auf die Rolle des strategischen Denkers zu fixieren. In seinem Verständnis von den Pflichten eines Hochschulpräsidenten rangierte die Sorge für das Klima in der Hochschule an vorderster Stelle. Daß der Präsident sich dieser Aufgabe widmete, ist eine entscheidende Bedingung für die gute Entwicklung der FAU in den letzten 20 Jahren gewesen. Als er 1969 zum Rektor gewählt wurde, geschah dieses auf dem Höhepunkt universitärer Konflikte. Mit ruhig-fester Hand hat Magnifizenz damals das Ruder ergriffen. Konflikten, insbesondere mit Studenten, wich er nicht aus. Die Studiosi hätten ihn darob gerne gehängt, aber voller Respekt - wie es hieß. Diesen Respekt erwarb sich Fiebiger, weil er Toleranz, Loyalität und strenge Sachbezogenheit bewies.

Durch stete Präsenz und Gesprächsbereitschaft bei Antrittsvorlesungen und Kolloquien, durch Empfänge für Neuberufene und Jubilare, durch das Anhören und Ratgeben auch bei kleinen menschlichen Problemen leistete unser Präsident einen wichtigen Beitrag zur Integration der Universität. Diesem Ziel diente auch die bewußte Pflege der Jahresfeier unserer Alma mater und vor allem das Sommerfest in unserem schönen Schloßgarten. Als Zeichen des Dankes haben wir darum - das will ich hier

schon verraten - als Abschiedsgeschenk für unseren Präsidenten ein Bild des Schlosses von der Gartenseite her ausgesucht. Es soll Sie, lieber Herr Fiebiger, nicht nur an Ihren Arbeitsplatz, sondern vor allem an die Sommerfeste mit ihrer herrlichen Stimmung erinnern. Die Zitterpartie um das Wetter haben Sie jahrelang mit fröhlicher Zuversicht und unverdrossenem Mut überstanden. Sie selbst haben in einer Eröffnungsrede vor der Orangerie einmal von "naiver Gläubigkeit" gesprochen, die Sie auf gutes Wetter vertrauen ließ, aber auch schlechtes Wetter hinzunehmen, die Kraft gab. Auch darin verrät sich etwas von den Fundamenten der Erfolge unserer Präsidenten.

Dieses Bemühen um Integration der Hochschule hat viele Früchte getragen und der Friedrich-Alexander-Universität ein Klima beschert, um das viele Universitäten uns beneiden. Das ist nicht das geringste Verdienst des Hochschulpolitikers Fiebiger.

Dank Rückkehr zur Rektoratsverfassung sind Sie, Herr Präsident Fiebiger, in der bald 250jährigen Geschichte der FAU eine Einzelercheinung. Diese Sonderstellung erspart Ihnen im übrigen auch den unpassenden, weil nach Ruhestand riechenden Titel eines Altpräsidenten: da Verwechslungen mit amtierenden Titelträgern in der FAU nicht möglich sind, bleiben Sie der *Präsident* Fiebiger.

Eine Einzelercheinung - sagte ich - in der Universitätsgeschichte - ein Unikat - das heißt, ein ganz besonderes Stück, ist unser Präsident. Die bedeutenden Erfolge der Ära FIEBIGER sind Produkte

des Facettenreichtums dieses Unikats, das in alle Fakultäten leuchtete und die vielfältigen Funktionen des Präsidentenamtes erstrahlen ließ. Die Friedrich-Alexander-Universität hat dafür zu danken, und in diesen Dank sind Sie, liebe verehrte Frau Fiebiger, einzuschließen. Ohne Ihren langjährigen Verzicht auf Privatheit und ohne Ihre Unterstützung hätten die verschiedenen Facetten des Unikats Fiebiger nicht so funkeln können, wie sie es zum Nutzen der FAU viele Jahre hindurch taten.

Die Universität sagt Ihnen, lieber Herr Fiebiger, Dank für alles, was Sie für unsere Alma mater getan haben. Wir wünschen Ihnen für die Zukunft und die vor Ihnen liegenden wichtigen Aufgaben weiterhin guten Erfolg. Wir werden - dessen bin ich sicher - auf Ihren Rat und Ihre Fürsorge auch künftig rechnen können.

Grußwort der Bayerischen Staatsregierung

**Hans Zehetmair,
Staatsminister für Wissenschaft und Kunst**

Sehr geehrter Herr Präsident Fiebiger,
Sehr geehrter Herr Rektor Jasper,
Magnifizenzen,
meine Herren Präsidenten und Rektoren,
meine Damen und Herren Professoren,
Mitarbeiter und Studierende der
Universität,
verehrte Festgäste,
meine Damen und Herren Abgeordnete,
lieber Herr Kollege Vorndran,
meine sehr verehrten Damen und
Herren!

Es war mir alles andere als eine lästige Pflicht, verehrter Herr Prorektor, zu dieser bedeutenden Stunde in Vertretung der Bayerischen Staatsregierung hier sein zu dürfen, und eigentlich wünschte ich mir ja, ich würde jetzt in dieser ironisierenden Hinterkünftigkeit auch über Sie ähnliches erfahren als dem neuen Rektor. Das würde mich ja auch besonders interessieren. Denn immer sagt man uns das alles erst am Ende. Dabei flüsterte Herr Fiebiger noch rüber zu mir, glauben's das nicht alles. Denn er hatte bei uns ein so makellosoes Bild. Sie haben es ja auch gezeichnet, aber wie ich sage, mit Ihrer ironisierenden Hinterkünftigkeit, mit den Unterscheidungen des Politischen und Unpolitischen, des Schriftlichen und des Mündlichen, mit der Deutlichkeit der Formulierung und der Nettigkeit der Überbringung, das alles ist doch

sehr schön und bemerkenswert. Aber, meine Damen und Herren, es ist auch für den zuständigen Minister als Vertreter der Staatsregierung ein wichtiges Ereignis, wenn die Autonomie einer Hochschule eine neue Spitze gewählt hat und diese die Verantwortung übernimmt und die alte Verantwortung abgegeben wird, natürlich im besonderen auch bei dieser Übergabe heute, die ja einen neuen Meilenstein setzt und die eine lange, sehr erfolgreiche Epoche abschließt. Ich meine aber auch als Staatsvertreter sagen zu dürfen: Für mich ist es auch eindrucksvoll, lassen Sie mich das noch einmal erwähnen aus meiner Sicht, daß bei dieser Rektoratsübergabe der neugewählte Rektor der Universität Jena bei uns ist, und ich freue mich, daß so etwas jetzt heute möglich ist, das erste Mal, seit ich offiziell hier bei diesem Anlaß teilnehmen darf. Auch ich heiße Sie im Freistaat Bayern herzlich willkommen.

Lieber Präsident Fiebiger, ich lasse jetzt doch einiges weg von dem, was ich hier auch sagen wollte und auch gern gesagt hätte. Zwar hält doppelt genäht besser, aber das haben Sie ja nicht mehr nötig. Ich will ein paar Daten noch einmal nennen: Man kann es ja gar nicht mehr übertreiben, wenn man bei Ihnen einiges von dem, was hohe Anerkennung verdient, herausstellt, es ist ja schon unglaublich, die Zeitspanne Revue passieren zu lassen, von der Zahl der Jahre her

und von den Umständen der Situation her, in denen Sie die Verantwortung getragen haben. Es war wohl auch bezeichnend, ich hoffe auch für das Klima dieser großen Universität, daß am 1. April zunächst ganz geräuschlos und automatisch der Übergang gelaufen ist, daß wir jetzt knapp 2 Monate danach die festliche Übergabe begehen und feiern, wohl wissend, daß hier die eine Epoche zu Ende geht, die andere aber doch nahtlos weitergehen wird. Wenn ein Präsident drei Amtszeiten bewältigt hat, dann ist das eine großartige Leistung. Wenn er sich 1969 bereiterklärt hat zu beginnen, dann kann das nur der erlauben, der die Jahre noch in Erinnerung hat. Der Abstand der Jahre heilt ja manches, läßt manches auch verklärter erscheinen, aber keiner wird hier sein, der sich das gleiche für immer gewünscht hätte oder weiter wünschen würde. Amt und Verantwortung sind Ihnen, Herr Präsident, in diesen Jahren, ja über das Jahrzehnt ans Herz gewachsen. So war es wohl eher scherzhaft zu verstehen, als Sie mir mal sagten, daß Sie die verbleibenden Tage auf dem Präsidentenstuhl bereits zählen würden. Ich habe mir gedacht, jetzt zählen wir einmal, wie lang Sie auf diesem Stuhl saßen: nicht weniger als insgesamt 6.692 Tage. Sie sind auch kein Mathematiker, aber Statistiken haben Sie auch immer geliebt. Ich habe also auch einmal etwas dazu beigetragen: 6.692 Tage haben Sie Ihre Kraft als Rektor, Prorektor und Präsident dem Wohle dieser Universität gewidmet. Ich will ansonsten keine statistischen Zahlen, keine kräftigen Schlagworte und keine größeren Höflichkeiten mehr hinzufügen. Mir ist es aber ein Anliegen, Ihnen

Herr Präsident, für Ihr tatkräftiges, unermüdliches, stets präsenten Wirken an der Spitze der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sehr herzlich zu danken.

Mit analytischer und systematischer Kraft haben Sie diese Hochschule entscheidend geprägt, mit profilierten Ideen fortentwickelt, mit kluger Hand geführt. Heute hat man uns dann noch deutlich gemacht, daß das alles dann uns gegenüber in Tiefstapelei gelungen sei. Mit Ihrem Bild vom Mörtelrühren glaubten Sie auch noch so tun zu können, als würden wir nicht deutlich nachrechnen können, was Sie uns alles gekostet haben. Prof. Fiebiger hat kräftig gerührt; kaum war der Rohbau fertig, hat er neu gerührt am nächsten. Und da kann man ja nur für die Universität sagen: *vivant sequentes!* Aber halten Sie es mit Maß und Ziel, sonst schaffen wir es nicht mehr! Und ähnlich gilt ja das, was gesagt wurde bei der Formulierung der Ziele für die Universität hier im besonderen und der Universitätspolitik im allgemeinen. Von den Aussagen, die mit Ihnen immer verbunden bleiben werden, deren Realisierung aber dringend uns herausfordert mit dem Schlagwort Frühwarnsystem zur Senkung der Studiendauer, haben Sie etwas in Bewegung gesetzt, was wir in den nächsten Jahren sichtbar auch auf den Weg bringen müssen. Denn das wird unter deutsch-deutscher Dimension, meine Damen und Herren, ich bitte das auch nicht zu übersehen, aber auch unter der europäischen Dimension für die Chancen unserer jungen Leute ein wichtiger Faktor werden, ein immer wichtigerer. Sie haben, das will ich

damit sagen, über die Grenzen Ihrer Hochschule immer hinaus geblickt, Sie haben eine intensive Zusammenarbeit mit Industrie, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen gesucht, es war Ihr besonderes Anliegen, die enge partnerschaftliche Einbindung der Hochschule in Stadt und Region zu gewährleisten, gleichzeitig aber die Selbständigkeit, die Autonomie sicherzustellen.

Seit langem ist Ihr Rat vielen vieles wert. Als Mitglied der Bayerischen Hochschulplanungskommission, des Strukturausschusses für die Universität Bayreuth, als Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, als Mitglied des Aufsichtsrates von HIS und der Ständigen Kommission für Fragen der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses der Westdeutschen Rektorenkonferenz, als Federführender der Bayerischen Rektorenkonferenz seit 18 Jahren und schließlich als Vorsitzender des Wissenschaftlich-Technischen Beirats der Bayerischen Staatsregierung - und das geht ja weiter - haben Sie Ihre Erfahrungen und Ihre Ideen beispielhaft zum Wohle aller Hochschulen dieses Landes und länderweit zur Verfügung gestellt.

Die selten verliehene Auszeichnung mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland vor wenigen Wochen ist deutliches und erneutes Zeichen der offiziellen Anerkennung Ihres Wirkens. Unser Bayerischer Ministerpräsident hat Sie aus diesem Anlaß als eine der prägendsten Persönlichkeiten des bayerischen und deutschen Hochschulwesens

der vergangenen Jahrzehnte gewürdigt. Damit ist alles gesagt.

Sehr geehrter, lieber Herr Prof. Fiebiger, ich spreche Ihnen den herzlichen Dank der Staatsregierung für Ihre ebenso aufopfernde wie höchst erfolgreiche Tätigkeit als Präsident der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg aus. Ich verbinde damit meinen persönlichen Dank, auch den dafür, daß Sie einen, der nicht aus der Physik kam, angenommen haben, was ist Ihnen auch anderes geblieben; und ich verbinde damit den Dank des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine gute und harmonische Zusammenarbeit; auch wenn zunächst einmal oft die Instrumente gestimmt werden mußten, bis sie zueinander paßten, und wenn Zweifel bestand, dann haben Sie eben Ihre Erste Geige herausgeholt, und dann wußten wir, wonach wir uns zu richten hatten. Meine besten Wünsche begleiten Sie und auch Ihre Frau Gemahlin. Ich danke Ihnen für alles und ich wünsche Ihnen für Ihre künftige berufliche wie private Tätigkeit nimmermüde Zufriedenheit.

Ihnen, Magnifizenz Jasper, gilt mein Willkommensgruß als neuer Rektor dieser Universität. Die Kommando-Brücke ist Ihnen nicht fremd: als vormaliger Rektor der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe und seit 1986 als erster Vizepräsident der Universität Erlangen-Nürnberg sowie Vorsitzender der Ständigen Kommission für Hochschulplanung haben Sie bereits weitreichende Einblicke in das diffizile Innenleben der Hochschule und langjährige Erfahrungen in ihrer Leitung gewonnen.

Für Universität und Ministerium ist dies ein beruhigender Gedanke der Kontinuität. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl zum Rektor der Friedrich-Alexander-Universität. Von Herzen wünsche ich Ihnen Glück und Erfolg für Ihre Amtsführung. Ich versichere Ihnen meinerseits das Bemühen um eine bestmögliche Zusammenarbeit auch des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst mit der Universitätsleitung insgesamt und ich versichere Sie der vollen Unterstützung bei der Bewältigung Ihrer Amtsgeschäfte zum Wohle der gesamten Universität.

Diese Universität Erlangen-Nürnberg steht vor komplexen Aufgaben. Im Klinikbereich und im Südgelände stehen große und kostenaufwendige Bauprojekte an, im Innenstadtbereich herrscht Raumnot und Sanierungszwang. Die Personalausstattung hat mit der angestiegenen Studentenzahl und mit den zusätzlichen wissenschaftlichen Aufgaben nicht Schritt halten können. Das schon recht erfolgreich auf den Weg gebrachte Abrundungskonzept, das eine Aufrundung war - wie Sie sagten - für die Technische Fakultät und benachbarte Fakultäten muß noch weiter umgesetzt werden; dabei sind schwierige Fragen einer schnellen Unterbringung und der Finanzierung einer nutzerbedingt hohen technischen Ausstattung zu bewältigen. Die Infrastruktur muß vor allem gestärkt werden in allen unseren Universitäten und Hochschulen. Die Studienreform trotz oder wegen der Überlastung ist voranzubringen - eine Aufgabe, ich habe es schon angesprochen, die sich allen Universitäten und damit den Hochschullehrern insbesondere stellt.

Lösungen sind dafür nicht über Nacht zu erwarten, sie erfordern zähes gemeinsames Bemühen. Weichenstellungen in finanzieller Hinsicht erhoffe ich vom kommenden Doppelhaushalt 1991/92, und Sie haben ja als Leiter der Staatskanzlei einen der zumindest immer schaut, was für diese Universität eingetragen ist. Ich will nicht sagen, nicht auch für die anderen, aber da muß ich mich immer besonders drauf gefaßt machen.

Die Liste der Desiderate soll aber die positiven Entwicklungen und Erfolge der jüngsten Zeit, gerade auch in so einer Stunde nicht verdecken. Wir haben dank des gemeinsamen Hochschul-Sonderprogramms von Bund und Ländern, des Bayerischen Sofortprogramms, eine deutliche Schwerpunktsetzung zugunsten Erlangens bei der letzten Umschichtungsaktion im Hochbauhaushalt bewerkstelligt und haben auch dank eigener Umschichtungsanstrengungen der Universität eine nicht geringe Zahl an neuen Lehrstühlen, neuen Stellen, zusätzlichen Sachmitteln und Baumitteln der Universität zugute kommen lassen. Und dies keineswegs nur in den Ingenieurwissenschaften, so unstrittig deren weiterer Ausbau für den nordbayerischen Raum auch ist.

Die Friedrich-Alexander-Universität mit ihrem breiten Fächerspektrum von der Theologie über die Medizin zur Technik ist eine echte universitas mit lebendiger Tradition, einer stabilen selbstbewußten Gegenwart und einer aussichtsreichen Zukunft.

Ohne in die aktuelle Ranking-Diskussion und deren Bewertungsproblematik eintreten zu wollen, kann man dieser Hochschule fächerübergreifend ein sehr hohes Niveau bescheinigen. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß Studierende und Hochschullehrkräfte, Wissenschaftler und alle Mitarbeiter hier gute Perspektiven für ihre Arbeit finden.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Rektor, eine glückliche Hand und Erfolg für Ihr Amt.

Grußwort der Westdeutschen Rektorenkonferenz

Vizepräsident Prof. Dr. Klaus Ring

Magnifizenz,
lieber Herr Fiebiger,
Herr Staatsminister,
meine sehr verehrten Damen und
Herren!

Auch der Vertreter der Westdeutschen Rektorenkonferenz entläßt Sie nur ungern in den Ruhestand, selbst wenn er Ihnen diesen, weil hart verdient, von Herzen wünschen. Ich tue das nicht nur im Namen des WRK-Präsidenten, Herrn Professor Seidel, der gerne selbst gekommen wäre, aber verhindert ist, sondern auch im Namen aller Universitäten und Hochschulen, die die WRK vereinigt.

Nummehr seit 15 Jahren ununterbrochen im Plenum der WRK, über lange Jahre hinweg, Mitglied des WRK-Senats und von 1977 bis 1979 als Vizepräsident für Planungs-, Kapazitäts- und Organisationsfragen Mitglied des Präsidiums, seit 1980 Mitglied der Ständigen Kommission für Fragen der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses und im letzten Plenum zudem in den Beirat der Stiftung WRK gewählt, sind Sie aus der WRK kaum fortzudenken, zumal Sie die Diskussionen in den Gremien durch Ihre Ideen, Ihr Temperament und Ihre bisweilen auch launigen Einlassungen immer wieder belebt haben.

Kollegen, die sich bei Diskussionen über Novellierungen des Hochschulrahmengesetzes oder über das Kapazitätsrecht allzu sehr ins juristisch-formalistische verstiegen, pflegten Sie mit der zuvor schon zitierten Bemerkung, sie seien Experimentaljurist, wieder schnell auf den Boden der Realitäten zurückzuholen. Inzwischen haben wir alle gelernt, daß Sie daneben auch Experimentalmediziner und Experimentalphilosoph sind, um nur einige Ihrer Disziplinen Ihres autodidaktischen Fächerhorizontes zu nennen (auch Experimentalangler sind Sie, aber das nicht im Rahmen der WRK).

Überhaupt waren Ihnen bei aller theoretisch-analytischen Durchdringung der Probleme, allzu abstrakte oder idealistische Höhenflüge suspekt. Gelegentlich mokierten Sie sich dann über einschlägig verdächtige Plenarentschlüsse: hier sei die WRK wieder einmal als Tiger hochgesprungen und werde unvermeidlich als Bettvorleger enden.

Sie haben mit solchen Äußerungen nicht nur manchmal mühsam ablaufende Sitzungen immer wieder in Schwung gebracht - Sie haben auch früher als andere wichtige Entwicklungen erkannt. Nicht alle konnten Ihnen immer folgen (die WRK scheint damit ein Abbild Ihrer eigenen Universität zu sein), was

Sie dann mit dem schon sprichwörtlich gewordenen Satz kommentierten: "Ich habe immer Recht gehabt, aber nicht immer Recht bekommen." Wer Sie kennt, weiß, daß dies weniger ein Ausdruck von Resignation als eher von trotzigem Selbstbewußtsein war.

Einmal zumindest galt dieser Spruch nicht, da haben Sie Recht gehabt - wie immer - und - wenn auch nach langen Jahren erst - auch Recht bekommen: Als sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Folgen des vorangegangenen Bildungsbooms und einer beginnenden Sparpolitik ankündigten, nämlich eine völlig verzerrte Altersstruktur bei den Professoren, hatten Sie die Lösung bereits parat. Jeder weiß, wovon ich spreche, vom Fiebiger-Plan. Ihr Vorschlag war so überzeugend, daß er nicht nur 1979 im Plenum der WRK eine Mehrheit fand, es wurde auch einer derjenigen Beschlüsse, mit denen die WRK im wissenschaftspolitischen und politischen Raum Furore machte.

Nicht nur, daß die anderen Wissenschaftsorganisationen sich diese Idee zu eigen gemacht haben, nein, die meisten Bundesländer selbst haben dann sogenannte Fiebiger-Professuren eingerichtet. Dies geschah zwar nicht immer genauso, wie Sie und wir uns das vorgestellt haben, und vor allen Dingen nicht in dem Umfang, wie es vonnöten gewesen wäre, aber es waren Schritte in die richtige Richtung. Selbst heute, wenn wir die Beschlüsse des Bildungsgipfels vom 21. Dezember 1989 durchlesen, stoßen wir immer noch auf die Forderung nach Einrichtung zusätzlicher Fiebiger-Stellen. Mit anderen Worten, der

Beschluß von 1979 ist nicht nur umgesetzt worden, sondern hat sich auch langfristig als richtig erwiesen.

Wenn Sie sich mit dem Fiebiger-Plan auch selbst unsterblich gemacht haben, so hoffe ich doch, lieber Herr Kollege Fiebiger, daß Ihnen die Fähigkeit zum Vorausdenken auch im Ruhestand nicht abhanden kommen wird. Im Gegenteil, ich hoffe, daß Sie entlastet von der täglichen Bürde Ihrer Ämter, noch weitere und neue Ideen produzieren werden. Die Probleme der Hochschulen sind in den letzten Jahren nicht kleiner geworden, die originellen Köpfe aber eher weniger. Mit andern Worten, Herr Fiebiger, wir setzen weiterhin auf Sie.

Grußwort der Bayerischen Rektorenkonferenz

**Präsident Prof. Dr. Wulf Steinmann,
Federführender**

Herr Staatsminister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur Rektoratsübergabe der Friedrich-Alexander-Universität überbringe ich die Grüße und Glückwünsche der Bayerischen Rektorenkonferenz. Mit Herrn Fiebiger scheidet nicht nur das älteste, sondern auch eines der langjährigsten Mitglieder aus der Bayerischen Rektorenkonferenz aus. Über 17 Jahre lang hat er ihr angehört: von 1969-72 als Rektor, nach 1975 bis Ende März dieses Jahres als Präsident der Friedrich-Alexander-Universität. Über die Hälfte der zweiten Amtsperiode von 1975-90 war Herr Fiebiger Federführender der Bayerischen Rektorenkonferenz. Als Mitglied, aber insbesondere als Federführender, hat er die Arbeit der Bayerischen Rektorenkonferenz geprägt, und ihm kommt maßgebliches Verdienst an den Erfolgen zu, die in diesen Jahren für die bayerischen Universitäten erzielt werden konnten.

Wenn man etwas erreichen will, braucht man Klarheit über den Weg und über das Ziel. Als Federführender hat Herr Fiebiger neue Wege beschritten. Er hat zwar nicht alle, aber doch einige wichtige Ziele erreicht. Was die Wege betrifft,

so sind hier die Parlamentarischen Abende mit allen Fraktionen des Bayerischen Landtags zu nennen, die die Bayerische Rektorenkonferenz unter Federführung von Herrn Fiebiger veranstaltet hat. Ebenso wichtig waren die Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Strauß, die wir dank der Initiative von Herrn Fiebiger führen konnten. Schließlich sind die jährlichen Klausursitzungen mit dem Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst zu nennen, die Gelegenheit bieten, einige zentrale Probleme der bayerischen Universitäten eingehend zu erörtern und Weichen zu stellen.

Von den Zielen, die Herr Fiebiger als erster erkannt und bezeichnet hat, die ihm besonders am Herzen lagen und für die er sich mit großem Engagement eingesetzt hat, möchte ich drei nennen, und zwar in der Reihenfolge zunehmenden Erfolges:

Da ist zunächst die Forderung, die Forschung an den Universitäten zu halten, außeruniversitäre Forschungsinstitute nur für solche Aufgaben zu gründen, die die Universitäten nicht erfüllen können und sie wieder zu schließen, wenn sie diese Aufgabe erfüllt haben. Es bestand in der Bayerischen Rektorenkonferenz

immer vollkommene Übereinstimmung darüber, daß dies eines der wichtigsten Ziele für die Zukunft der Universitäten ist. Sicher ist es auch gelungen, der Hochschulforschung nach den Turbulenzen der 60er Jahre wieder einen Platz zu sichern, der uns Vertrauen für die Zukunft gibt. Die Forderung, die Forschung aus den Universitäten auszugliedern, weil sie dort nicht effizient und zielstrebig genug betrieben werden könne, war als Folge der Krise der 68er Jahre erhoben worden. Davon kann heute im Ernst nicht mehr die Rede sein. Die Neigung, außeruniversitäre Forschungsstätten zu errichten, besteht aber nach wie vor. Die Universitäten müssen wachsam sein und Anstrengungen unternehmen, damit die universitäre Forschung dabei nicht Schaden leidet. Das bedeutet zum einen, daß wir uns weiter an der Diskussion beteiligen müssen, so wie wir es bisher mit unserem Sprecher Fiebiger getan haben, zum anderen aber, daß wir die Bedingungen für die universitäre Forschung so gestalten müssen, daß sie erfolgreich mit den außeruniversitären Forschungsstätten konkurrieren kann.

Das bringt mich zum zweiten Punkt: Schon früh, und im Laufe der Jahre immer wieder, haben sich Herr Fiebiger und die Bayerische Rektorenkonferenz für ein Reinvestitionsprogramm eingesetzt, um die Geräte, die während der Zeit des Ausbaus der Hochschulen beschafft worden und inzwischen veraltet und weitgehend unbrauchbar geworden sind, durch neue zu ersetzen. Hier ist es gelungen, einen Anfang zu machen, der gewiß mehr als der Tropfen auf den heißen Stein ist, aber ebenso sicher bei

weitem noch nicht ausreicht. Daß überhaupt etwas geschehen ist, verdanken wir maßgeblich Herrn Fiebiger und seiner Initiative. Das Ziel ist aber noch nicht erreicht, wir müssen uns weiter darum bemühen.

Der dritte Punkt schließlich ist das Programm, das seinen Namen trägt. Schon in den 70er Jahren hat Herr Fiebiger immer wieder darauf hingewiesen, daß die Altersstruktur des Lehrkörpers der Universitäten am Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre dazu führen muß, daß die Berufungschancen des wissenschaftlichen Nachwuchses erheblich unter dem langjährigen Mittel liegen und in einigen Fächern fast auf Null zurückgehen. Er hat Chancengerechtigkeit für die Generationen gefordert und vorgeschlagen, einige der Professorenstellen, die infolge eben dieser Altersstruktur nur wenige Jahre später in überdurchschnittlichem Maße frei werden, schon zuvor wieder zur Verfügung zu stellen, damit wenigstens die besten Nachwuchswissenschaftler eine Berufungschance erhalten. Dieses Fiebiger-Programm ist weit über die Grenzen Bayerns hinaus zunächst als Forderung erhoben worden. So berechtigt uns allen diese Forderung erschien, so skeptisch waren wir hinsichtlich der Realisierungschancen, zumal die Haushaltssituation in den entscheidenden Jahren keineswegs rosig war. Der Durchbruch in Bayern gelang bei einem denkwürdigen Parlamentarischen Abend am 26. September 1984, als Herr Fiebiger mit der Bayerischen Rektorenkonferenz den damaligen Vorsitzenden der Regierungsfraktion, Herrn Tandler, und seine Parlamentskollegen dafür gewinnen

konnte, in den beiden kommenden Haushaltsjahren je 20 Professorenstellen für das Fiebiger-Programm zur Verfügung zu stellen. Dieses Programm, in dem inzwischen 110 C3-Professuren vergeben worden sind, ist wohl der schönste Erfolg Ihrer Amtszeit als Federführender der Bayerischen Rektorenkonferenz, lieber Herr Fiebiger. Es trägt zurecht Ihren Namen und das ist wohl die schönste Anerkennung für Sie. Denn der Dank der Universitäten und insbesondere der Nachwuchswissenschaftler für diesen herausragenden hochschulpolitischen Erfolg ist Ihnen für immer sicher.

Dem neuen Rektor der Friedrich-Alexander-Universität, Herrn Jasper, wünschen wir Glück und Erfolg. Wir heißen ihn willkommen in der Bayerischen Rektorenkonferenz als zweiten Rektor in diesem Gremium, dessen Mitglieder nach dem Willen des bayerischen Gesetzgebers seit 1975 Präsidenten hießen. Wir wünschen Ihnen, daß die Friedrich-Alexander-Universität auch unter Ihrem Rektorat wächst, blüht und gedeiht.

Grußwort der Region und der Stadt Erlangen

Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg

Magnifizenz,
Herr Staatsminister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
vor allem aber, verehrter, lieber Herr
Präsident Fiebiger,
liebe Frau Fiebiger!

Ich spreche diese Dank- und Grußworte für die Stadt Erlangen. Ich bin aber gebeten worden, dies auch für die Region zu tun, d. h. also vor allen Dingen für die Nachbarstädte Nürnberg und Fürth und auch für die Wirtschaft unseres Raumes.

Wir, die Region, danken Ihnen, lieber Herr Präsident Fiebiger, daß Sie in den 20 Jahren an der Spitze unserer Universität Entscheidendes dazu beigetragen haben, daß diese Universität nicht nur die zweitgrößte im Freistaat Bayern geworden ist, sondern auch durch die gezielte und bewußte Förderung der gewachsenen und der neuen Fakultäten und Fachbereiche zu einer der attraktivsten und auch zukunftsreichsten Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sehen dies auch deshalb als ein ganz besonders wichtiges Verdienst an, weil wir wissen, welche große Bedeutung die Universität für die Standortqualität und für die Attraktivität unseres Raumes hat und haben wird.

Wir danken Ihnen, lieber Herr Präsident Fiebiger, daß Sie unsere Universität in den fast 20 Jahren zu einer nach allen Seiten offenen regionalen Universität gemacht haben, zu einer Universität, die gezielt und tatkräftig die Zusammenarbeit mit Politik, Wirtschaft, Kommunen und Staatsverwaltung angestrebt und zum gegenseitigen Nutzen gestaltet hat. Besonders hervorheben möchte ich hier Ihr hervorragendes Verhältnis zur mittelfränkischen Wirtschaft, in Sonderheit auch zur Industrie- und Handelskammer Nürnberg, wo Sie in Konsul Walter Braun einen ebenso engagierten wie aufgeschlossenen Partner hatten. Hervorheben möchte ich auch Ihr gutes Verhältnis zu den Städten und Landkreisen unseres Raumes und zur Regierung von Mittelfranken. Ich möchte aber auch Ihre für unsere Region so wichtigen guten Kontakte nach München betonen, zu den zuständigen Staatsministern, vor allem aber auch zu den Ministerpräsidenten, sowohl zu Franz Josef Strauß wie auch zu Max Streibl. Durch dieses engagierte und geschickte Wirken haben Sie, lieber Herr Prof. Fiebiger, entscheidend dazu beigetragen, daß es in unserem Raum eine so optimale Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Universität gibt, daß Wirtschaft, Kommunen und Politik an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, den Großraum Nürnberg - Erlangen - Fürth zu

einem Zentrum für Wissenschaft und moderne Technik mit Bedeutung für ganz Nordbayern auszubauen. Für die weitere Entwicklung unseres Raumes und ganz Nordbayerns so wichtige Planungen und Projekte - sie wurden zum Teil schon angesprochen - wie das in Umsetzung befindliche Abrundungskonzept, das Innovations- und Gründerzentrum in Tennenlohe in gemeinsamer Trägerschaft von drei Städten und den beiden Kammern oder das Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen, alle diese wichtigen Projekte wären nicht oder nicht so bald realisiert, wenn Sie nicht, lieber Herr Prof. Fiebiger, zur richtigen Zeit klar und unmißverständlich auf Strukturdefizite unseres Raumes hingewiesen hätten, wenn Sie nicht ebenso klare und überzeugende Abhilfevorschlüsse gemacht hätten, wenn Sie nicht alle Partner akquiriert hätten und dann, wie schon mehrfach zu Recht erwähnt, die guten Kontakte in München genutzt hätten, zum Wohle unseres Raumes. So gesehen, lieber Herr Präsident Fiebiger, waren Sie nicht nur ein äußerst erfolgreicher Topmanager für Forschung und Lehre, sondern Sie waren ebenso erfolgreich tätig als Regional- und Strukturpolitiker für unseren Raum.

Daß die Stadt Erlangen besondere Veranlassung hat, Ihnen zu danken, liegt auf der Hand. Erlangen ist Sitz und Schwerpunktort unserer Universität, Erlangen profitiert am meisten von den hochrangigen Kliniken, die auch einen wesentlichen Teil der stationären Versorgung unserer Bürgerschaft übernehmen. Für uns ist die Universität der zweitgrößte Arbeitgeber und ein wichti-

ger Wirtschaftsfaktor. Es liegt auf der Hand, daß wir uns bemüht haben, lieber Herr Präsident Fiebiger, über die fast 18 Jahre, die ich mit Ihnen zusammenarbeiten konnte, regelmäßige Kontaktgespräche zu pflegen, in denen wichtige Entscheidungen vorbereitet und durchgeführt wurden, wie die Erschließung beispielsweise des Südgeländes, aber auch angenehme kleine, wichtige Dinge, wie die Beleuchtung des Schloßgartens. Ich bedauere es außerordentlich, daß wir es nicht geschafft haben, ein Problem, das Ihnen ein besonders großes Anliegen war, befriedigend zu lösen, nämlich das Fahrradfahren im Schloßgarten abzustellen. Aber vielleicht - Sie werden es ja im Auge behalten - wird dies doch noch irgendwann einer vernünftigen Regelung zugeführt.

Am heutigen Tag jedenfalls sind die Region und die Stadt Ihnen zu großem, zu bleibendem Dank verpflichtet. Die Stadt Erlangen hat das durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Sie zum Ausdruck gebracht. Wir verbinden mit dem Dank die besten Wünsche für den neuen Lebensabschnitt, an dem Sie stehen und wie wir Sie alle kennen, erwarten wir von Ihnen auch in Zukunft wichtige Hinweise, wichtige Anstöße und Hilfen zum Wohle unseres Raumes.

Ich möchte ebenfalls Sie, Magnifizenz, Professor Jasper, ansprechen und Ihnen sagen, die Region und die Stadt wünschen Ihnen in diesem reizvollen, aber auch natürlich schweren und verantwortungsvollen Amt alles Gute. Wir freuen uns auf die Fortsetzung der traditionellen guten Zusammenarbeit. Vielen Dank.

Grußwort der Studierenden der FAU

**Stud. phil. Astrid Ley,
Vorsitzende des Studentischen Konvents**

Meine Damen und Herren!

Das Ereignis, das wir heute zelebrieren, ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Strukturen.

Der Antagonismus - Aufbruch versus Kontinuität - findet seinen Ausdruck auch, oder gerade in der Universitätsleitung. Damit bildet der Amtswechsel - die Verabschiedung von Herrn Fiebiger und die Einführung von Herrn Jasper - eine Normalität, die einige an dieser Universität vielleicht lange vermißt haben.

Aufbruch bietet die Chance zur Veränderung. Aber Veränderung bedeutet nicht das Fortschreiben alter Grundsätze. Aufbruch heißt: Ideale zu denken und zu formulieren.

Ein Beispiel für Kontinuität:

Die Diskussion über die Verkürzung der Studiendauer verläuft fruchtlos. Das Wie wird vor dem Warum erörtert.

Mit Blick auf die Schaffung des Binnenmarktes 1992 sorgt man sich um die Konkurrenzfähigkeit deutscher Akademikerinnen und Akademiker auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Auch die Wirtschaft fordert spezialisierte und vor allem junge Fachkräfte.

Die Erfahrungen mit der Einführung der Regelstudienzeiten zeigen, daß statt einer konstruktiven Diskussion nur planbürokratische Maßnahmen ergriffen wurden und immer noch ergriffen werden.

Die Studienzeitverkürzung mag zwar kurzfristig die Statistik zu Lasten der Studierenden bereinigen, langfristige Auswirkungen werden aber nicht ausbleiben. Frisieren von Bilanzen zeugt von Hilflosigkeit in der Gegenwart und Kapitulation vor der Zukunft.

Aufbruch tut not!

Man sollte sich fragen, warum sogar exzellente Berufsaussichten und 60 000 DM Anfangsjahresgehalt eine angehende Ingenieurin nicht zum raschestmöglichen Studienabschluß bewegen können.

Dies bedeutet doch andere Wertvorstellungen. Ein anderes Verhältnis von Lebensqualität zu Lebensstandard wird bislang schlichtweg negiert. Hohes Einkommen sichert lediglich hohen Lebensstandard, Lebensqualität aber kann man nicht kaufen.

Den Forderungen der Wirtschaft gedankenlos nachzukommen heißt, Grundlagen und Auswirkungen dieser Forderungen einer Diskussion zu entziehen. Der universelle Auftrag der Gesellschaft -

und hier handelt es sich nicht notwendigerweise um einen Antagonismus Wirtschaft versus Gesellschaft - dieser Auftrag also, den Dualismus Forschung und Lehre an gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren, wird aus den Augen verloren, wenn er nicht bereits verloren ist.

Ich frage Sie:

Wann haben Sie das letzte Mal etwas bewegend Neues aus der Universität gehört?

Mangelnde Impulse, ja Sprachlosigkeit kennzeichnen die Universität angesichts struktureller Probleme in vielen Bereichen der Gesellschaft. Ich nenne hier nur den Umweltschutz.

Die Rahmenbedingungen haben sich verändert. Sie erfordern neue Lösungsansätze. Inhalt, Dauer und Ziel des Studiums bedürfen permanenter Diskussion, um mit dem Wandel der Zeit schritthaltend, wenn nicht sogar vorausseilend Perspektiven aufzuzeigen, gerade innerhalb der Universität.

Den Studierenden wird es schwer gemacht, diese Diskussion anzuregen, denn engagierte Mitarbeit wird von vielen als überflüssig angesehen, da Studierende ja nur vorübergehend an der Universität sind. Doch es ist das fließende Wasser, welches das Bachbett formt. Gleichzeitig sehen viele gar keinen Sinn darin, sich innerhalb der Universität zu engagieren, andere haben aufgrund der hohen Studienbelastung nicht die Zeit dazu.

Diskussionen müssen wieder in den universitären Entscheidungsgremien geführt werden, so schlecht ihre vorgegebenen Strukturen auch sind. Ebenso müssen die Rahmenbedingungen des Studiums geändert werden, daß genügend Raum zum Engagement für die Universität verbleibt.

Solange die Studierendenvertretung nur heiße Luft produzieren soll, genügt ein Fön.

Ich fasse zusammen:

Ein Wertewandel zeichnet sich ab. Er führt zur Krise, wenn er nicht erkannt wird. Die Hochschulen als Spiegelbild der Gesellschaft brauchen Freiräume, um ein Forum geistiger Auseinandersetzung anzubieten. Der Bildungsauftrag an die Universität beinhaltet dieses Forum.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und schließe mit einer Definition Wilhelm von Humboldts:

"Bildung ist die Erzeugung eines Universums in der Individualität."

Rektoratsrede "Weimarer Verhältnisse". Zur Dynamik eines historisch-politischen Arguments

Prof. Dr. Gotthard Jasper

Als "Hilfswissenschaft der freiheitlichen Demokratie" hat 1962 Waldemar Besson, der unvergessene erste Vertreter meines Faches an dieser Universität, in seiner Antrittsvorlesung die Politikwissenschaft bezeichnet. Als einer solcher Art engagierten Wissenschaft ordnet er ihr einen pädagogischen Auftrag zu. Bewußt stellte sich Besson damit in den Entstehungszusammenhang seiner Disziplin im westlichen Nachkriegs-Deutschland. Allgemeine politische Bildung der Studenten, Erziehung zur Demokratie und die Ausbildung von Lehrern für Sozialkunde war damals der pädagogische Auftrag dieses neuen Faches.

Unterstützt und begleitet wurden die Politologen den Prozeß der Demokratiegründung in der Bundesrepublik. Die Erörterung des richtigen Zusammenspiels der demokratischen Institutionen und der Entwicklung demokratischer Verhaltensweisen bildete das Zentrum politikwissenschaftlicher Arbeiten in den Anfangsjahren der bundesdeutschen Demokratie. Überzeugungskraft und Argumentationssicherheit bezog die frühe Politikwissenschaft aus der kontrastierenden Gegenüberstellung der Bonner

mit der gescheiterten Weimarer Republik. Bonn sollte die Fehler von Weimar vermeiden. Methodisch bedeutete dies, die systematische Analyse mit historischem Verstehen bewußt zu verbinden; denn - um noch einmal Besson zu zitieren - "die Betrachtung des Politischen wird unfruchtbar, wenn ihr Bedürfnis nach Abstraktion sich allzu weit vom historischen Untergrund entfernt".¹

Generationen von Studenten der Politikwissenschaft haben daher bei der Analyse der tragenden Prinzipien des Grundgesetzes gelernt, diese als Antworten auf die "Fehler" der Weimarer Verfassung zu begreifen. Der Versuch, die schlechten Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik zu verarbeiten, begründete in der Tat den verfassungspolitischen Konsens der Väter - und wenigen Mütter - des Grundgesetzes; er ist Basis und Ausgangspunkt der vielberufenen Gemeinsamkeit der Demokraten.

Ob und inwieweit dieser durch die Negation der Weimarer Erfahrungen geprägte Konsens 40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik noch gilt oder ob er neu gefaßt werden muß, diese zentrale Frage leitet meinen Versuch, der Dyna-

mik des historisch-politischen Argumentierens mit Fehlern und Erfahrungen von Weimar nachzuspüren. Dynamik des historisch-politischen Arguments meint dabei zunächst ganz wörtlich: dynamis - die Kraft, d. h. die Überzeugungskraft und Richtigkeit des Arguments. Dynamik enthält jedoch zweitens immer auch ein Element der Bewegung und Veränderung. Argumente - auch richtige - verändern ihre Bedeutung in sich wandelnden politischen Kontexten, sie können sich verselbständigen, sie können politisch vereinnahmt werden. Historische Erfahrungen - das kommt hinzu - sind immer aktuelle Interpretationen des Vergangenen; sie müssen jeweils von Generation zu Generation neu vermittelt und neu bestimmt werden, sollen sie nicht zu Legenden und Dogmen erstarren. Die Deutung der Vergangenheit ändert sich überdies mit dem erweiterten Kenntnisstand historischer Forschung. Wer neue Erkenntnisse über das Scheitern der Weimarer Republik gewinnt, wird auch andere Folgerungen für die Gegenwart ziehen.

Den beiden Wortbedeutungen von Dynamik entsprechend erörtere ich zunächst im ersten Teil meines Vortrages den Ausgangspunkt der Argumentation, also die Art und Weise, wie der Parlamentarische Rat aus Weimar zu lernen versuchte. Im zweiten Teil behandle ich dann ausgewählte Zeitabschnitte der späteren Bundesrepublik, in denen jeweils mit unterschiedlichen Akzenten - teils besorgt, teils polemisch - gefragt wurde, ob Bonn nicht doch Gefahr laufe, seine Weimarer Lektion zu verlernen. Die stichwortartige Analyse

dieser Debatten gibt Aufschluß über den Entwicklungsstand der Bonner Demokratie und zwingt zu einer genaueren Einschätzung, der sog. "Weimarer Verhältnisse".

I.

Was unter "Weimarer Verhältnissen" zu verstehen ist, war für die Zeitgenossen von 1949 klar definiert. "Weimarer Verhältnisse" standen als Symbol für instabile demokratische Ordnung. Die ihnen zugeschriebene Bedeutung läßt sich auf einige Kernformulierungen zusammendrängen, die zugleich etwas aussagen über die damals angenommenen Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik.

1. "Weimarer Verhältnisse" meint ein handlungsunfähiges Vielparteiensystem. Das in der Verfassung festgelegte reine Verhältniswahlrecht hatte - so glaubte man - zur Zersplitterung des Parteiensystems geführt, hatte eine Fülle von Weltanschauungs- und Interessenparteien entstehen lassen, so daß im Parlament keine mehrheitliche Entscheidungsbildung möglich war.

2. "Weimarer Verhältnisse" meint das unbehinderte Aufsteigen extremistischer Flügelparteien; Nationalsozialisten und Kommunisten nutzten die Toleranz der liberalen Demokratie aus, bis sie schließlich im Parlament eine Regierung zwar stürzen konnten, aber als negative Mehrheit zur Neubildung einer Regierung weder willens noch in der Lage waren.

3. "Weimarer Verhältnisse" meint die Neutralität der Demokratie gegenüber ihren eigenen Grundlagen; die Verfassung von Weimar gestattete es einer Zweidrittelmehrheit des Parlamentes, selbst *fundamentale* Grundprinzipien: Menschenrechte, Volkssouveränität oder Gewaltenteilung, abzuschaffen; der Selbstmord der Demokratie mit formal-demokratischen Methoden wurde hiermit sanktioniert. Der angeblich legalen Machtergreifung Adolf Hitlers waren die Tore weit geöffnet.

4. "Weimarer Verhältnisse" meint eine Verfassungskonstruktion, die dem parteien-pluralistischen Reichstag keine Entscheidungsfähigkeit zutraute und ihm deshalb - einen ebenfalls volksgewählten - Reichspräsidenten entgegenstellte, der die Einheit des Volkes und des Staates repräsentieren sollte. Da diesem Reichspräsidenten außerdem das Recht zur Ernennung und Entlassung des Kanzlers, zur Auflösung des Reichstags und zur Verhängung des Ausnahmezustandes nach Art. 48 Weimarer Verfassung zukam, war für den Fall gegensätzlicher politischer Grundrichtungen zwischen Reichstagsmehrheit und Reichspräsident der Konflikt vorprogrammiert. Einem uneinigen Reichstag gegenüber mußte der Ersatzmonarch im Reichspräsidentenamt die Oberhand gewinnen.

5. "Weimarer Verhältnisse" meint einen schwachen Reichstag, dem kein Monopol in der Gesetzgebung zustand. Eine antiparlamentarische Opposition konnte gegen die gewählte Volksvertretung in demagogisch inszenierten Plebisziten die Anti-Parteien-Affekte der

Wähler mobilisieren; die Verfassung vermischte plebiszitäre und parlamentarische Prinzipien, gab "Prämien auf Demagogie", wie Theodor Heuß später formulierte.

Die Konsequenzen, die man im Parlamentarischen Rat aus dieser Sicht Weimars zog, sind rasch aufgezählt:

1. Nach dem Schreckbild der Parteienzersplitterung galt 1949 das angelsächsische Zwei-Parteiensystem als Vorbild eines demokratischen Parteiensystems schlechthin, weil es die Mühen einer Koalitionsbildung nicht kannte und angeblich immer stabile Regierungen hervorbrachte. Viele plädierten deshalb damals für das englische Mehrheitswahlrecht, um ein solches Zweiparteiensystem zu erzwingen. Der Kölner Politologe Hermens versuchte darüber hinaus mit halsbrecherischen Umrechnungen nachzuweisen, daß ein Mehrheitswahlrecht in der Weimarer Zeit das Aufkommen der NSDAP verhindert hätte.

Unter Wahlforschern besteht heute jedoch Einigkeit, daß solche Umrechnungen unzulässig sind und nichts beweisen. Außerdem gilt es zu bedenken, daß man 1919 nur mit dem Verhältniswahlrecht der Nationalversammlung Legitimität in den Augen der Wähler verschaffen konnte. Im revolutionären Umbruch gab es keine Alternative zum Proporzsystem. Die jüngsten Wahlen zur Volkskammer belegen erneut diesen Zusammenhang. In einem sich erst formierenden Parteiensystem kann, noch dazu unter Zeitdruck, nur nach Verhältniswahl gewählt werden; das Mehrheits-

wahlrecht weckt den Verdacht der Manipulation wegen der unlösbaren Probleme einer 'gerechten' Wahlkreiseinteilung, es enthält großen Minderheiten die Vertretung im Parlament vor und führt in einer zerstrittenen Gesellschaft zur Polarisierung der Wählerschaft in zwei konträre Blöcke. Die Weimarer Mitte, die zur Konstituierung der Republik notwendig war, wäre in einem Zwei-Parteiensystem nicht erst 1930, sondern schon 1919 zerrieben worden.

Der Parlamentarische Rat entschied sich deshalb für ein allerdings modifiziertes Verhältniswahlssystem, das vielen Parteien eine Chance gab. Dieses Wahlsystem wurde jedoch nicht im Grundgesetz festgeschrieben. Einflußreiche Gruppen hofften noch immer, durch ein neues Wahlgesetz zu einem Mehrheitswahlrecht zu kommen. Zunächst konnten 1949 aufgrund des Proporzsystems noch 11 Parteien in den Bundestag einziehen. Die bis 1956 zweimal verschärfte 5 %-Klausel bremste jedoch eine weitere Auffächerung des Parteiensystems.

Die Sperrklausel wurde, als von ihr betroffene Kleinparteien sie vor das Bundesverfassungsgericht brachten, von diesem ausdrücklich unter Verweis auf die Weimarer Verhältnisse für verfassungskonform erklärt. Weimarer Gerichte hatten dagegen jede Einschränkung des reinen Proporz als Verstoß gegen die Wahlchancengleichheit für verfassungswidrig gehalten.

Beim Wahlsystem zog man also nur eine halbe Konsequenz aus der Weimarer Erfahrung. Aber gerade diese Halbheit - nicht völlige Abkehr vom Pro-

porz, sondern nur Korrektur - scheint mir - war eine angemessene Antwort. Sie überwältigte die in einer Vielfalt politisch-ideologischer, sozialer, konfessioneller und regionaler Frontlinien verankerte traditionelle Struktur des deutschen Mehrparteiensystems nicht, erschwerte aber für die Zukunft eine weitergehende Parteienzersplitterung, ohne das "Parlaments-Fähigwerden" neuer Parteien unmöglich zu machen.

2. Der weitverbreiteten Parteienprüderie, dem Antiparteienaffekt der Weimarer Jahre und dem Aufkommen systemfeindlicher Parteien setzte der Parlamentarische Rat die Aufnahme der Parteien in das Grundgesetz entgegen; Art. 21 weist den Parteien die Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes ausdrücklich zu. Politische Parteien wurden damit erstmals in der deutschen Geschichte zu "Verfassungsorganen" aufgewertet. Ihnen werden besondere Privilegien zuerkannt, aber sie werden zugleich auf die freiheitliche demokratische Grundordnung des GG festgelegt. Extremistische Parteien, die darauf ausgehen, diese Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, können - auch wenn sie sich formal legal verhalten - wegen ihrer politischen Ziele durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden. Die Weimarer Verfassung hatte demgegenüber allenfalls verfassungswidrige Methoden - die Verletzung der Gesetzlichkeit - gekannt. Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, hieß jetzt das Motto. Die pseudo-legale Taktik der NSDAP sollte nicht erneut anwendbar sein.

3. Dieses Bekenntnis zur streitbaren, zur abwehrbereiten Demokratie des GG findet seine Fundierung in dem Bekenntnis zu unabänderlichen Grundwerten, wie es in Art. 19 und vor allem Art. 79,3 des GG formuliert ist. Die Grundrechte sind in ihrem Wesensgehalt unantastbar; eine Änderung des GG im Kernbereich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird für unzulässig erklärt, auch wenn ein demokratisch legitimierter Gesetzgeber einstimmig eine solche Änderung beschließen würde. Die Beseitigung der Demokratie mit legalen verfassungsmäßigen Mitteln, die die Weimarer Republik formal zugelassen hatte, ist hier ausgeschlossen. Diese "Ewigkeitsklausel" drückt darum am deutlichsten die Abkehr vom relativistischen Demokratiekonzept von Weimar aus. Die Souveränität des Volkes ist begrenzt, die Grundnormen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates stehen auch dem Volkssouverän nicht zur Disposition. Die Einrichtung des Bundesverfassungsgerichtes als oberstem Hüter der Verfassung ist - das sei nur angemerkt - eine notwendige Konsequenz.

4. Im institutionellen Gefüge zwischen Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament zog der Parlamentarische Rat seine Lehre aus Weimar, indem er den Bundespräsidenten im Vergleich zum Reichspräsidenten entschlossen entmachtete. Indirekt gewählt, ohne große Vollmachten und ohne Einfluß auf die Regierungsbildung, wurde der Bundespräsident auf repräsentative Funktionen beschränkt, was seinem Amt - wie wir alle wissen - erhebliches moralisches Gewicht zu verleihen vermag. Der Entmachtung des Präsidenten entsprechen

eine Vielzahl von Vorschriften, die den Bundestag zu einheitlicher Willensbildung zwingen sollen. Er muß den Kanzler mit der Mehrheit seiner Mitglieder wählen und kann ihn nur mit konstruktivem Mißtrauensvotum, d. h. durch Neuwahl eines Nachfolgers mit eben dieser Kanzlermehrheit stürzen. Negative Mehrheiten haben keine Chance.

Die Übertragung der politischen Macht an eine parlamentarisch getragene Regierung und deren Monopol für die Richtlinienbestimmung der Politik waren dem Parlamentarischen Rat so wichtig, daß er auch die Auflösung des Bundestages nur auf einen extremen Sonderfall beschränkte. Eine Entscheidung, die bei der "Wende" 1982/83 beträchtliche verfassungspolitische Probleme verursachte und deshalb zur Korrektur ansteht.

5. Dem Appell ans Volk - so scheint es - mißtraute der Parlamentarische Rat. Darum kennt das GG - im Unterschied zu vielen Landesverfassungen - kein Volksbegehren und keinen Volksentscheid. Nur bei der Länderneugliederung kann sich das Volk außerhalb von Wahlentscheidungen direkt äußern. Der Bundestag sollte zur Verantwortung gezwungen werden, den Ausweg in das Plebiszit sollte es nicht geben dürfen; in genau dieser Diskussion des Parlamentarischen Rates fiel das oben zitierte Wort von Th. Heuß, Plebiszite seien Prämien für Demagogen. Man schuf darum ein extrem repräsentatives Regierungssystem, dem alle Züge des Plebiszitären fehlen. Nicht nur Weimarer Erfahrungen, sondern auch ein weitverbreitetes Mißtrauen gegen die demokra-

tische Reife des deutschen Volkes ließ diese Konzentration auf das parteienstaatliche Parlament angemessen erscheinen.

"Bonn ist nicht Weimar", so überschrieb der langjährige Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung, Fritz René Allemann, seine Analyse der bundesrepublikanischen Demokratie im Jahr 1956.² Dieser Titel war programmatisch gemeint. Er sollte das Ausland beruhigen, denn Allemann, der von 1930 - 32 ebenfalls in Deutschland gelebt hatte, erstellte seine Diagnose und Prognose der deutschen Demokratie im steten Vergleich zu Weimar. Seine Botschaft lautete: "Bonn hat richtig gelernt. Hier entwickelt sich eine stabile, in der westlichen Wertewelt verankerte Demokratie."

Allemann konnte bei seiner Argumentation auf die Wählerbewegung zugunsten der großen Parteien, die Ausschaltung von SRP und KPD durch das Bundesverfassungsgericht, die Stabilität der Kanzlerdemokratie und das hohe moralische Ansehen des ersten Bundespräsidenten verweisen. Diesem Urteil ist zuzustimmen. Doch die Debatte um das Lernen aus Weimar konnte damit nicht abgeschlossen sein.

Allemanns insgesamt optimistische Prognose erschien in der Zeit des Kalten Krieges und des sich beschleunigenden Wirtschaftswunders. Gut 10 Jahre später, in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, schlug die Stimmung um. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, der glatte Einzug der rechtsradikalen NPD in mehrere Landtage und die Anti-

Notstandskampagne, wachsende Zugkraft des Neomarxismus und parteipolitische Aktivitäten links von der SPD ließen ein neues Aufschaukeln der Links- und Rechtsextremisten befürchten. Drohten nun doch wieder Weimarer Verhältnisse? Hatten die Antworten von 1949 versagt, oder war ihr Inhalt neu zu bestimmen? Und als abermals etwa zehn Jahre später Demonstranten gegen Kernkraftwerke und Natonachrüstung anrannten, nach Volksabstimmung gegen das Parlament verlangten, da schienen vielen erneut "Weimarer Verhältnisse" zu drohen.

II.

Damit bin ich beim II. Teil meines Vortrages. Ich versuche, die Antworten von 1949 am Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik auf ihre Bewährung hin gleichsam durchzubuchstabieren.

1. Ich beginne bei der "Entmachtung" des Bundespräsidenten und dem verfassungsrechtlichen Gefüge zwischen Bundestag, Bundesregierung und Bundespräsident. Dieser Komplex läßt sich rasch abhandeln. Die Konzentration der Regierungsgewalt beim Bundeskanzler, die indirekte Wahl des Bundespräsidenten und die Regeln zur Regierungsbildung sind über die Jahre hinweg im Prinzip völlig unbestritten geblieben. Ebenso unbestritten ist jedoch, daß das konstruktive Mißtrauensvotum nicht die Ursache der Stabilität der Regierung ist, entscheidend ist hier allein die Koalitionsmöglichkeit der Parlamentsfraktionen,

also die Struktur des Parteiensystems. Die Volkswahl des Bundespräsidenten ist immer wieder gefordert worden, zuletzt im Programm der Republikaner. Meist verbarg sich hinter dieser Forderung eine offene oder versteckte Aversion gegen Parteienstaat und Pluralismus sowie die Sehnsucht nach einem starken Mann, nach Obrigkeit und einheitlicher Staatsführung. In solchen Forderungen lebte ein Stück Weimarer Antiparlamentarismus fort, dem nicht nachzugeben nach wie vor geboten ist.

Politisch hat diese Frage jedoch nie ernsthaft eine Rolle gespielt. Die vorwiegend repräsentativen Funktionen des Bundespräsidenten vertragen keine direkte Wahl durchs Volk; eine Volkswahl müßte nämlich umfangreichere Kompetenzen und Einflußrechte nach sich ziehen. Damit aber wäre das ausbalancierte Kompetenzgefüge zwischen Bundestag und Bundeskanzler erheblich tangiert.

Ansehen und Einfluß des Bundespräsidenten beruhen - nicht zuletzt - auf seiner Machtlosigkeit. Die dualistische Struktur der Weimarer Verfassung, die die Regierungsmacht zwischen dem plebiszitär gewählten Reichspräsidenten und dem parlamentsabhängigen Reichskanzler aufspaltete, ist in Bonn aus gutem Grund vermieden worden. Dennoch sind Zweifel daran erlaubt, daß dieser Weimarer *Verfassungsfehler* die Ursache des Scheiterns der ersten deutschen Republik gewesen sei. Das Frankreich der V. Republik lebt erfolgreich mit ähnlichen Regeln, allerdings im Umfeld einer anderen politisch-kulturellen Tradition. Unter Ebert wurde

mit Hilfe der umfassenden Kompetenzen des Reichspräsidenten die Republik immerhin stabilisiert. Verfassungsinstitutionen, so kann man daraus folgern, leben vom Willen der Amtsinhaber zur Verfassung und deren Prinzipien. Daran hat es in Weimar in der Folge gefehlt, ihre Institutionen wurden mißbraucht. Der Fehler von Weimar war daher weniger das dualistische Konzept als solches, sondern die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und eine in der Wählerschaft weit verbreitete antiparlamentarische Mentalität. Man darf Verfassungsregeln - das lehrt dieses Beispiel - nicht überfordern; auf die gelebte Verfassung kommt es an.³

2. Das Aufkommen der NPD und die neue Bewegung auf dem linken Spektrum des Parteiensystems ließen Mitte der 60er Jahre sowohl die *Wahlrechtsfrage* als auch die Frage des *Parteienverbotes* erneute Aktualität gewinnen; die Gespenster von Weimar schienen wieder wach zu werden. Die Große Koalition unter Kanzler Kiesinger hatte sich dagegen auf eine Wahlrechtsreform verständigt. Ein ganzes Knäuel von Motiven und Erwartungen lag diesem Projekt zugrunde. Ein Ziel war, die auf Landesebene so überaus erfolgreiche NPD vom Bundestag fernzuhalten. Insofern griff man auf Diskussionen von 1949 zurück. Auch damals hatte man ja gleichsam als Alternative zum Parteienverbot diskutiert, durch Einführung des Mehrheitswahlrechts das Aufkommen von extremistischen Parteien zu verhindern. Wie oben dargelegt, war diese Argumentation 1949 erfolglos geblieben.

Auch 1968/69 kam die Wahlreform nicht zustande, weil die SPD von diesem gemeinsamen Vorhaben der Großen Koalition abrückte. Die taktischen Überlegungen und Berechnungen in beiden großen Parteien, die zu dieser Entscheidung geführt hatten, will ich hier übergehen. Mir kommt es auf eine grundsätzliche Einschätzung an. Das Stichwort, unter dem eine Wahlrechtsreform damals diskutiert wurde, lautete: man wolle ein *regierungsbildendes* Wahlrecht. Nicht Widerspiegelung der verschiedenen politischen Strömungen des Volkes im Parlament, sondern Bündelung auf zwei Hauptparteien, um einer von ihnen auf jeden Fall eine absolute Mehrheit zu sichern, sollte das Ergebnis der intendierten Wahlreform sein. Insofern argumentierte man durchaus mit Weimarer Erfahrungen. Man wollte frei werden vom Zwang zu Koalitionen.

Die Befürworter der Reform zogen damit gleichsam die Linie aus, die der Parlamentarische Rat angelegt hatte. Dessen Folgerungen aus der Weimarer Erfahrung tendierten allesamt dazu, Handlungsfähigkeit und Effizienz des Regierungssystems zu sichern zu Lasten von Mitbestimmung und Kontrolle durch das Volk. Das 1967 angestrebte regierungsbildende Wahlrecht verabsolutierte diesen Trend und gefährdete eben das intendierte Ziel der Stabilisierung der Demokratie, versteht man darunter mehr als die Stabilisierung des Kartells der beiden Großparteien. Man muß sich ja vergegenwärtigen, daß diese Wahlrechtsreform nicht nur die NPD vom befürchteten Einzug in den Bundestag fernhalten sollte, sondern zu-

gleich dazu ersonnen war, die damals einzige Oppositionspartei, die FDP, aus dem Parlament auszuschalten, und das Aufkommen evtl. neuer Parteien zu verhindern. Die Reform geriet damit in den Geruch der Manipulation zugunsten der Etablierten. Damit hätte sie die Integrationskraft des politischen Systems zweifelsohne gefährdet, weil die an ein Verhältniswahlrecht seit langem gewöhnte Wählerschaft sich in Teilen nicht mehr im Bundestag repräsentiert gefunden hätte; die Kluft zwischen 'oben' und 'unten' hätte sich vertieft, das Legitimitätseinverständnis der Wähler wäre erschüttert worden.

Man hat die Reform deshalb glücklicherweise fallen gelassen. Ein Zweiparteiensystem - so erstrebenswert es sein mag - darf nicht per Wahlgesetz oktroyiert werden, dazu sind Parteiensysteme zu tief in der politischen Kultur jeder Nation verankert. Mehrparteiensysteme gehören überdies zur Normalausstattung westlicher Demokratien. Das Versagen der Weimarer Parteien hatte tieferliegende Gründe. Für die Rechtfertigung der Wahlreform 1969 taugte jedenfalls die Berufung auf die "Weimarer Verhältnisse" nicht.

3. Zeitgleich mit der Wahlrechtsreform kam Ende der 60er Jahre eine erneute Diskussion um die Praxis der streitbaren Demokratie, um das Verbot extremistischer Parteien auf. Anlaß war auch hier der Einzug der NPD in mehrere Landesparlamente und die Fortgeltung des KPD-Verbotes von 1956. Entweder mußte man die NPD verbieten, um nicht den Eindruck der Einäugigkeit aufkommen zu lassen, oder die KPD

wieder zulassen; für letzteres sprachen im Vorfeld der neuen Ostpolitik und der Versuche, mit der DDR ins Gespräch zu kommen, auch außenpolitische Gründe. Ergebnis dieser Diskussionen war 1. der Verzicht, gegen die NPD vor dem Verfassungsgericht ein nicht von vornherein erfolgssicheres Verbotsverfahren einzuleiten, und 2. die von allen Parteien akzeptierte Neugründung der DKP, d. h. faktisch eine Aufhebung des KPD-Verbotes von 1956.

Friedrich Karl Fromme kritisierte diese doppelte politische Entscheidung als Abkehr vom Prinzip der streitbaren Demokratie. Man lasse die Schwerter des Parteienverbotes rostig werden und kehre zum problematischen Toleranzbegriff der Weimarer Verfassung zurück. Befürworter dagegen argumentierten, bei den radikalen Parteien handele es sich um Randerscheinungen der deutschen Demokratie, die in offener Auseinandersetzung politisch bekämpft werden müßten. Das sei besser als der Knüppel des Parteienverbotes. Der Perfektionismus des strafrechtlichen Vollzugs des KPD-Verbotes hatte zudem in gefährliche Nähe zur Gesinnungsjustiz geführt und den Spielraum für politische Diskussionen in bedenklicher Weise eingengt. Zudem verwies man darauf, daß extreme Flügelparteien gleichsam zum Normalbestand einer jeden westlichen Demokratie gehören. Das Parteienverbot sei in der Anfangsphase der demokratisch noch ungesicherten Bundesrepublik angemessen gewesen. Es sei ein Zeichen der gefestigten Demokratie in der Bundesrepublik, darauf nunmehr zu verzichten.

Die Minderheit der Befürworter einer harten Linie hielten dagegen an der Verfemung kommunistischer Argumente durch das Parteienverbot fest und forderten z. T. wenigstens ein NPD-Verbot. Ihren für Lockerung eintretenden Gegnern warfen sie die Aufkündigung des antitotalitären Konsenses von 1949 vor.

Diese Debatte ist im Grunde bis heute nicht verstummt. Zwar ist angesichts der mäßigen Wahlerfolge seit 1969 kaum noch eine Verbotsforderung gegen DKP oder NPD erhoben worden. Aber der jahrelange Streit um den sog. Radikalen-Erlaß gehört in diesen Zusammenhang. Er fungierte streckenweise als Ersatz für die Parteiverbote, mit ähnlich bedenklichen Folgen für eine offene politische Kultur und hinsichtlich der Bereitschaft zu politischem Engagement bei potentiellen Kandidaten des öffentlichen Dienstes.⁴ Die jüngst aufgeworfene Frage der Zulassung der PDS zu gesamtdeutschen Wahlen wird der Diskussion um die Tabuisierung der politischen Kooperation mit kommunistischen Organisationen mit Sicherheit neue Aktualität verleihen. Die Äußerung des DDR-Innenministers Diestel, er hasse zwar die Nachfolgerin der SED wie die Pest, sei jedoch davon überzeugt, "daß man Demokratie nach links und nach rechts üben müsse"; die Entscheidung für die Demokratie zwinge dazu, das "Unrecht, dem wir unter der alten Herrschaft ausgesetzt waren", nicht "gegen politische Gegner zu praktizieren"⁵, unterstützt das Plädoyer für politische Auseinandersetzungen, und gegen administrative oder juristische Verfolgung.

Ich denke, daß solche Grundhaltungen keine Rückkehr zur angeblich substanziösen Toleranz der Weimarer Republik und damit Verrat am Grundkonsens des Parlamentarischen Rates sind. Denn es gilt festzuhalten, daß der Parlamentarische Rat die Einschränkung der freien öffentlichen Auseinandersetzung durch ein Parteiverbot oder ähnliche Maßnahmen nur als strengsten Ausnahmefall vorgesehen hatten. Nicht umsonst ist die Auslösung eines Parteiverbotsverfahrens dem politischen Ermessen der Regierungen von Bund und Ländern oder dem Bundesparlament vorbehalten. Mit einer liberaleren Praxis kehrt Bonn nicht zu Weimar zurück, sondern ist erwachsen geworden.

4. Diese Aussage gilt, weil auf der verfassungsrechtlichen Ebene die entscheidende Differenz zwischen Weimar und Bonn bestehen bleibt. Der in Artikel 79 verankerte verfassungsfeste Kern des Grundgesetzes, in dem das Volk von Verfassungen wegen einig sein soll, definiert die Bonner Demokratie als wertgebundene, freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung. Diese Lehre aus Weimar und dem Dritten Reich ist unaufgebar. Der Artikel 79,3 GG zielt auf einen "staatsedukatorischen Effekt" - um einen Begriff Günther Dürigs⁶ zu verwenden -, er versucht den Konsens der Demokraten in Verfassungsform zu bringen, ohne ihn dadurch automatisch sichern zu können. Der Verfassungskonsens muß stets neu bewußt gehalten werden. Das bedeutet freilich auch, allen Versuchen zu wehren, ihn vorschnell zu fixieren und im politischen Alltag als Keule der Ausgrenzung zu

benutzen. Allzu leicht werden sonst legitime Positionen mit dem Verdikt belegt, ihr Träger stelle sich außerhalb der Gemeinsamkeit der Demokraten, wolle eine andere Republik.

Die Berufung auf Weimarer Erfahrungen ist in diesem Zusammenhang auch historisch problematisch. Nicht die Neutralität der Weimarer Verfassung gegen ihre eigenen Grundlagen hat die Republik dem Nationalsozialismus ausgeliefert. Sie scheiterte vielmehr, weil rechtlich mögliche Maßnahmen des Republiksschutzes, die man gegen die KPD einsetzte gegen die ebenso gesetzwidrig arbeitende NSDAP nicht ergriffen wurden. Die Solidarität aller "Vaterländisch Gesinnten" übersteuerte den Willen zur Verfassung. Sie grenzte Kommunisten wirksam aus, trieb die SPD ins politische Abseits, stellte die Demokratie zur Disposition und begünstigte die NSDAP.⁷

5. Die nach 1949 geführte Diskussion um die Verstärkung plebiszitärer Elemente ist ein Musterbeispiel für die Tendenz, 1. mit gleichsam kanonisierten Weimarer Erfahrungen politisch zu argumentieren und 2. Andersmeinende zugleich außerhalb des Verfassungsrahmens zu stellen. Eine Sachdebatte kommt so gar nicht zustande. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Diskussion, als die Sozialdemokraten 1958 eine Volksbefragung zur Atombewaffnung durchführen wollten, aber sie reicht, wie Sie wissen, bis in unsere Tage hinein. Die Debatte des Bundestages am 24. April 1958 ist ein Musterbeispiel für den charakterisierten Argumentationsstil. Der CDU-Abgeordnete

Rasner bezeichnete den Gesetzentwurf der Opposition schlicht als "Angriff auf die Demokratie, auf das Grundgesetz ... als einen Stoß gegen diese unsere Verfassung". In die gleiche Kerbe schlug der Abgeordnete Barzel. Er sah mit der Initiative der SPD "gesetzwidrige Zügellosigkeit einreißen, die fälschlicherweise als Freiheit bezeichnet werde". Barzel warnte die Opposition: "Gehen Sie nicht zurück an das Ende von Weimar, denn viele von unserem Volk kehrten Weimar den Rücken, weil sie glaubten, daß die Demokratie nicht imstande sei, Ordnung zu gewähren. Darum Hände weg von Unordnung."⁸

Der Stil dieser Zitate läßt die Politisierung des Argumentierens mit den Weimarer Verhältnissen spüren, denn Barzel unterließ nicht den Hinweis, daß es erst Hitler vorbehalten geblieben sei, das Rechtsinstitut der Volksbefragung einzuführen, das im übrigen auch Walter Ulbricht benutze.

Es wäre leicht möglich, diese Zitate aus dem Jahre 1958 mit ähnlichen aus dem Umfeld der Kampagne der Volksbefragung anlässlich der Nachrüstungsdebatten oder der Kernkraftdiskussion anzureichern. Ich verzichte hier darauf.

Nun will ich keinen Zweifel daran lassen, daß mir das Instrument einer staatlich organisierten Volksbefragung, deren Ergebnisse unverbindlich sein sollen, verfassungspolitisch sehr problematisch zu sein scheint; selbst wenn ein ehemaliger Verfassungsrichter nicht müde wird, eine solche konsultative Volksbefragung zu fordern.⁹ Konsequenter erscheint es mir dann schon, den

wirklichen Volksentscheid zu verlangen. Mir kommt es für meine Thematik hier jedoch nur darauf an festzustellen, daß derjenige, der Volksbefragungen oder Volksentscheide fordert, sich nicht außerhalb der Verfassung bewegt. Aus dem verfassungsfesten Kern des Grundgesetzes gemäß Art. 79,3 kann nicht ein Verbot von Volksbegehren und Volksentscheid abgeleitet werden, auch wenn das schon versucht worden ist. Die Ergänzung der parlamentarisch-repräsentativen Form des westdeutschen Regierungssystems durch plebiszitäre Elemente ist durch Verfassungsänderung grundsätzlich möglich, das GG weist auf solche Ergänzungsmöglichkeiten hin, da der Art. 20 von Wahlen und Abstimmungen spricht. Über diese Frage muß unter dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit und Klugheit diskutiert und entschieden werden können, ohne daß dabei Verrat am Konsens von 1949 gewittert wird oder die Gespenster von Weimar aufziehen.

Ich will diese Einschätzung knapp begründen: Ein Blick in die Debatten des Parlamentarischen Rates zeigt, daß man damals sehr kontrovers über die Möglichkeiten plebiszitärer Elemente diskutiert hat. Das berühmte Zitat von Heuß, daß Plebiszite eine Prämie für Demagogie bedeuteten, blieb nicht unwidersprochen. Quer durch alle Parteien gab es energische Befürworter direktdemokratischer Regelungen. Schließlich wurden ja gleichzeitig in mehreren Landesverfassungen eine Vielfalt plebiszitärer Formen verankert. Ihre Nichtberücksichtigung wurde möglich, weil sich drei Gruppen verbanden: die grundsätz-

lichen Plebiszit-Gegner fanden Unterstützung bei denen, die dem Grundgesetz als vorläufiger Verfassung, als Provisorium, eine nicht zu starke plebiszitäre Weihe zukommen lassen wollten, dazu kamen als 3. Gruppe diejenigen, die an der aktuellen demokratischen Reife des deutschen Volkes zweifelten. Hinter ihren Argumenten stand also durchaus ein "noch nicht".¹⁰

Analysiert man die Details der Debatten im Parlamentarischen Rat zu diesem Thema, dann öffnet sich der Raum für eine nüchterne Diskussion über die Zweckmäßigkeit plebiszitärer Ergänzungen der repräsentativen Ordnung des Grundgesetzes, zumal wenn man 40 Jahre Zeit der Einübung in den parlamentarischen Parteienstaat mit in Rechnung bringt.

Die Einbeziehung des Erfahrungswertes von vier Jahrzehnten Bundesrepublik ist vor allem nötig, wenn man die rückwärtsgewandte Argumentation mit negativen Weimarer Erfahrungen auf Gültigkeit abklopft. In der fragmentierten politischen Kultur der Weimarer Republik wurden durch die Plebiszite die Weltanschauungslager und scharf voneinander abgesonderten politischen Milieus gegeneinander mobilisiert. Politische Partizipation war damals vor allem negative Partizipation, d. h. teilnahmloser Protest gegen die demokratische Republik. Da mochte Heuß mit seinem Verdikt Recht haben, obwohl festgestellt werden muß, daß kein Weimarer Plebiszit Erfolg hatte.

Vergleicht man damit jedoch die erfolgreichen Plebiszite in den deutschen Län-

dern vom bayerischen Volksbegehren zur Rundfunkfreiheit und zur Entkorporalisierung der Volksschulen über die nordrhein-westfälische Aktion gegen die KOOP-Schule sowie die CDU-gesteuerte plebiszitäre Auflösung des Berliner Abgeordnetenhauses bis hin zur jüngsten Initiative zur Neufassung des bayerischen Abfallgesetzes - dann dokumentiert sich hier bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Partizipationsbestreben, das nicht leichthin als Produkt von Demagogie, geschweige denn als grundsätzliche Demokratiefeindschaft abgetan werden kann, sondern durchaus als Korrektiv allzu abgehobener Parteienherrschaft interpretiert werden muß. Die aktuellen Befunde der politischen Kulturforschung zum demokratischen Potential, zur Akzeptanz der demokratischen Ordnung und zur politischen Beteiligungsbereitschaft stützen diese These und belegen den qualitativen Wandel in der politischen Kultur seit Weimar. In einer erwachsenen gewordenen Demokratie darf deshalb über Plebiszite anders diskutiert werden.

In einer solcher Art entkrampften Diskussion muß dann hart in der Sache gestritten werden: dann ist zu klären, welche Gegenstände sich für Volksentscheide eignen und nicht eignen, wer einen Volksentscheid auslösen soll, ob er etwa bei Verfassungsänderungen - wie in Bayern - obligatorisch sein soll, wie sich Volksentscheide auf Bundesebene mit der föderalistischen Struktur des Grundgesetzes vertragen oder wie sie verträglich gemacht werden können und wie man z. B. die abstrakte Normenkontrolle des Bundesverfassungsge-

richtes in einem "Volksgesetzgebungsverfahren" verankern will. Zu diesen Kontroversen war hier nicht Stellung zu nehmen. Mir ging es darum, diese Fragen diskutierbar zu machen.

An dieser Stelle ist noch auf einen weiteren Gesichtspunkt aufmerksam zu machen. Die heutige Plebisziddiskussion muß m. E. als Indikator geringer gewordener Integrationskraft des Parteiensystems gedeutet werden, und dies wiederum könnte man - paradox formuliert - als Produkt eines zu erfolgreichen Lernens aus Weimar interpretieren.

Ich hatte eingangs kurz auf die Verankerung und Privilegierung der Parteien durch Art. 21 GG verwiesen. Der Parlamentarische Rat hatte mit dieser Hervorhebung der Parteien ein politisch-pädagogisches Signal gegen die in Weimar grassierende Antiparteienhaltung gesetzt. Im Laufe der Zeit entwickelten die Parteien jedoch die Neigung, dieses Privileg als ein Monopol auf die politische Willensbildung mißzuverstehen. Das Ergebnis ist eine Quasi-Verstaatlichung der Parteien bis hin zur staatlichen Finanzierung, ein Prozeß, der die Parteien gleichsam ihre Bodenhaftung zu Wählern und Mitgliedern verlieren ließ.

Der Ruf nach Basisdemokratie und Plebiszit ist - wenn man so will - dafür die Quittung. Projiziert man dieses Beispiel auf das Argument der "Weimarer Verhältnisse", läßt sich folgendes sagen: Im Unterschied zu Weimar machen Bürger der Bundesrepublik, wenn sie direktdemokratische Teilhabemöglichkeiten fordern, nicht gegen die Verfassung mobil,

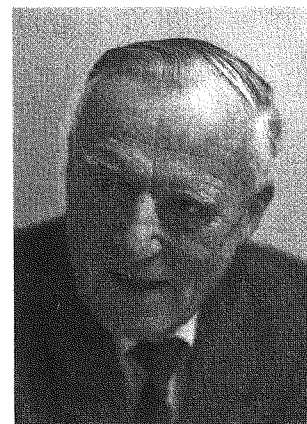
sondern nehmen ihre Bürgerrechte, als politisch und sozial aktive Demokraten, zunehmend ernster. Die Warnung vor der Rückkehr zu "Weimarer Verhältnissen" richtet sich folglich vorrangig an die Repräsentanten des Parteienstaates, durch ein von Bürgerbedürfnissen und Bürgersorgen z. T. abgekoppeltes Politikverhalten nicht einer neuen *Anti-Parteien-Haltung* Vorschub zu leisten.

Ich breche hier ab. 40 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik und vor den Herausforderungen einer deutschen Vereinigung sind die Maßstäbe und Erfahrungen von 1949 nicht unvermittelt auf die Gegenwart zu übertragen. Es kann nicht Aufgabe von Politikwissenschaft sein, "die Erneuerung des Gründungsmythos der Bundesrepublik zu betreiben", wie man das von einer "sinnstiftenden Historie" verlangt hat.¹¹ Mir ging es darum aufzuzeigen, daß der Konsens der Demokraten mit Hinweis auf "Weimarer Verhältnisse" nicht dogmatisch fixiert werden darf, wenn die Demokratie den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein will. Wer die Gemeinsamkeit der Demokraten erhalten will, muß sie in einem Klima offener und argumentativer Diskussion sich ständig erneuern lassen. Wenn eine analytisch verfahrenende Politikwissenschaft zu diesem öffentlichen Dialog einen Beitrag leistet, dann könnte sie auch heute noch als "Hilfswissenschaft der Demokratie" bezeichnet werden.

Fußnoten:

- 1 Waldemar Besson, Regierung und Opposition in der deutschen Politik. Politische Vierteljahresschrift, 3. Jg. (1962), S. 225 f.
- 2 Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar. Köln, Berlin 1956, S. 10, S. 67 ff. und S. 411 ff.
- 3 Vgl. dazu ausführlicher meinen Aufsatz: Die verfassungs- und machtpolitische Problematik des Reichspräsidentenamtes in der Weimarer Republik - Die Praxis der Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg im Vergleich. In: Friedrich Ebert und seine Zeit - Bilanz und Perspektiven der Forschung. Hrsg. von der Stiftung Reichspräsident-Friedrich Ebert-Gedenkstätte. München 1990, S. 145-158.
- 4 Diesen Wirkungszusammenhang des Radikalenerlasses habe ich mit ausführlichen Belegen dargestellt in: Die Krise der streitbaren Demokratie. In: Deutsches Verwaltungsblatt, 93. Jg. (1978), S. 725-733.
- 5 Interviewäußerung von Innenminister Diestel, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 110, 14. Mai 1990, S. 5..
- 6 Günther Dürig/Hans-Ulrich Evers, Zur verfassungsändernden Beschränkung des Post-, Telefon- und Fernmeldegeheimnisses. Bad Homburg 1969, S. 13.
- 7 Diese Zusammenhänge habe ich ausführlicher begründet in meinem Buch: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Adolf Hitlers 1930-1934, Frankfurt/Main 1986; insbesondere S. 63 ff. und öfter.
- 8 Stenographische Protokolle des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 23. Sitzung, 18.4.1958, S. 1221 ff. sowie 25. Sitzung, 24.4.1958, S. 1424 ff.
- 9 Ich teile insoweit die Bedenken gegen das konsultative Referendum, die umfassend dargelegt sind in: Ulrich Josef Rommelfanger, Das konsultative Referendum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 5/89, S. 27-37.
- 10 Die Debatte im Parlamentarischen Rat ist gut zusammengefaßt und analysiert in: Klaus Hennig Obst, Chancen direkter Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Zulässigkeit und politische Konsequenzen. Köln 1986, S. 75 ff. In diesem Buch finden sich auch ausführliche Darlegungen zur gängigen verfassungsrechtlichen Interpretation des Art. 20 und der damit zusammenhängenden Problematik der Volksabstimmungen nach dem GG.
- 11 So Michael Stürmer in: Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar - Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Düsseldorf 1980, S. 341.

Zur Person



**Prof. Dr. rer. nat.
Nikolaus Fiebiger**

Geboren am 7. August 1922 in Langseifersdorf, Kreis Reichenbach (Eulengebirge)
verheiratet, 4 Kinder

Ausbildung und beruflicher Werdegang

März 1940 Reifeprüfung in Münsterberg (Schlesien);
Versuch, an der TH Breslau Luftfahrttechnik zu studieren, dazu Industriepraktikum, aber kein Studium;
1940 Arbeitsdienst und Wehrdienst (Luftwaffe) bis Kriegsende;
bis 30.10.1946 Britische Gefangenschaft;
ab SS 1947 Studium an der TH Stuttgart, dabei Studienunterbrechung und Arbeit bei der Firma Bosch;
ab 1951 Diplomarbeit am Hochspannungslabor Hechingen, Abteilung des Max-Planck-Instituts für Physik der Stratosphäre;
1954 Diplomprüfung;
Februar 1957 Promotion an der TH Stuttgart; ab 1.4.1957 Assistent am Institut für Kernphysik in Frankfurt.

US-Aufenthalt: Sommer 1957 Los Angeles; 1960 - 1962 Brookhaven National Laboratory; Arbeitsgebiet Reaktorphysik; experimentelle Kernphysik; ab WS 1958/59 Lehrauftrag in Kernphysik; 1963 Habilitation in Frankfurt; 1965 Ruf nach Erlangen; 9.6.1966 Ernennung zum o. Professor der Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Experimentalphysik (Kernphysik)

Administrative Tätigkeit

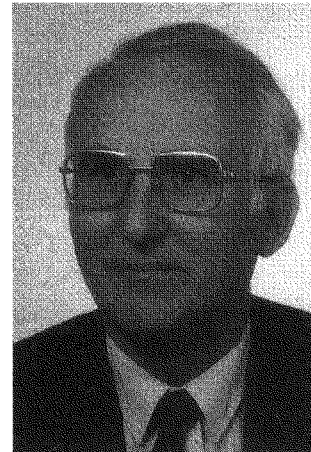
1969-1972 Rektor; 1972/73 Prorektor der Friedrich-Alexander-Universität; seit 5.12.1975 Präsident der FAU von 1973 - 1979 Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK); vom Kultusminister in die Bayerische Hochschulplanungskommission berufen; Mitglied des Lenkungsausschusses und diverser Unterausschüsse dieser Kommission; Mitglied des Strukturausschusses für die Universität Bayreuth;

seit 1978 Mitglied des HIS-Aufsichtsrates (Hochschul-Informationen-System); 1980-1989 Mitglied der Ständigen Kommission für Fragen der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses der WRK; seit 1982 Federführender der Bayerischen Rektorenkonferenz; seit 1988 Vorsitzender des Wissenschaftlich-Technischen Beirats der Bayerischen Staatsregierung; Initiator eines Planes zur Sicherung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ("Fiebiger-Plan")

Wissenschaftliche Tätigkeit

Nach längerer Beschäftigung mit Problemen der Reaktorphysik und der experimentellen Kernphysik wurde in den letzten Jahren eine Arbeitsgruppe aufgebaut, die sich mit der Lumineszenz organischer Moleküle beschäftigt.

Zur Person



**Prof. Dr. phil.
Gotthard Jasper**

Geboren am 24. September 1934 in Bethel bei Bielefeld, verheiratet, zwei Kinder.

Ausbildung und beruflicher Werdegang

Nach dem Abitur am Humanistischen Gymnasium in Bielefeld: 1954 Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft, Geographie und Lateinischen Philologie an der Universität Tübingen; 1960 Promotion zum Dr. phil. mit Studien über den Republikenschutz in der Weimarer Republik bei Prof. Dr. Hans Rothfels, Tübingen; 1961 Erstes Staatsexamen für das Lehramt an Höheren Schulen; 1960/61 Stipendienassistent an der Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen; 1966-1969 Akademischer Rat und Leiter der Abteilung Politikwissenschaft am Zentrum I für Bildungsforschung der Universität Konstanz; 1969 Berufung auf den neu errichteten Lehrstuhl für Politik-

wissenschaft an der Abteilung
Münster der Pädagogischen
Hochschule Westfalen-Lippe;
1974 Berufung auf den Lehr-
stuhl Politikwissenschaft an der
Universität Erlangen-Nürnberg.

Administrative Tätigkeit

1970/71 Dekan der Abteilung
Münster der Pädagogischen
Hochschule Westfalen-Lippe;
1972-1974 Rektor der Pädago-
gischen Hochschule Westfalen-
Lippe;
seit 1975 Mitglied der Ständi-
gen Kommission für Hoch-
schulplanung;
1984/85 deren stellvertretender
Vorsitzender;
1980-1983 Mitglied des Fach-
bereichsrates der Philosophi-
schen Fakultät;
1981-1983 Dekan der Philoso-
phischen Fakultät I;
seit 1986 Vizepräsident der
Universität Erlangen-Nürnberg
und Vorsitzender der Ständigen
Kommission für Hochschulpla-
nung;
seit 1.4.1990 Rektor der Uni-
versität Erlangen-Nürnberg.

Forschungsgebiete:

Historische Grundlagen und
Probleme der Demokratie in
Deutschland;
Rechts-, Justiz- und Verfas-
sungspolitik, Christentum und
Politik; Bildungspolitik, Kom-
munalpolitik;

Erlanger Universitätsreden - Bisherige Folgen

Die Erlanger Universitätsreden erschienen in einer ersten Folge von Nr. 1/1918 - Nr. 27/1941, in einer neuen Folge von Nr. 1/1957 - Nr. 17/1972. Dies ist die 3. Folge.

Nr. 1/1978: Prof. D. theol. Walther v. Loewenich: "Johannes Christian Konrad von Hofmann - Leben und Werk" (erschieden in: Uni-Kurier. Zeitschrift der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Nr. 20/1978)

Nr. 2/1979: Prof. Dr. rer. nat. Bernhard Ilschner: "Neue Aufgaben der Werkstoffentwicklung - weniger Rohstoffe, weniger Energie: Mehr Nachdenken!" (erschieden in: Uni-Kurier Nr. 23/24, 1979)

Nr. 3/1979: Prof. Dr. phil. Kurt Kluxen: "Vom Beruf unserer Zeit für die Geschichtswissenschaft"

Nr. 4/1979: Prof. Dr. phil. Alfred Wendehorst: "Aus der Geschichte der Friedrich-Alexander-Universität" (2. durchgesehene Auflage 1980)

Nr. 5/1980: Prof. Dr. phil. Karl-Heinz Ruffmann: "Geschichte im geteilten Deutschland - Aufgaben und Schwierigkeiten"

Nr. 6/1980: Prof. Dr. rer. nat. Walther Leonhard Fischer: "Fachdidaktik im Spannungsfeld zwischen Forschung und Lehre"

Nr. 7/1980: Prof. Dr. theol. Gerhard Müller, D.D.: "Die Reformation und die gegenwärtige Christenheit"

Nr. 8/1981: Prof. Dr. phil. Wolfgang Lippert: "Chinesisch - Sprache hinter einer Großen Mauer?"

Nr. 9/1982: Prof. Dr.-Ing. Hans-Wilhelm Schüller: "Die Technik der Nachrichtenübertragung gestern - heute - morgen"

Nr. 10/1982 (= Nr. 4/1979): Prof. Dr. phil. Alfred Wendehorst: "Aus der Geschichte der Friedrich-Alexander-Universität" (3. durchgesehene Auflage 1982)

Nr. 11/1983: Prof. Dr. phil. Ulrich Fülleborn: "Um einen Goethe von außen bittend oder Goethe als Lehrdichter"

Nr. 12/1983: Prof. Dr. jur. Reinhold Zippelius, Prof. Dr. phil. Gotthard Jasper: "Geschwister-Scholl-Gedenkvorlesung zum Thema 'Widerstand in Deutschland' "

Nr. 13/1983: Prof. Dr. med. Bernhard Fleckenstein: "Was ist Gentechnologie und was können wir von ihr erwarten?"

Nr. 14/1984: Prof. Dr. theol. Friedrich Mildenerger: "Der freie Wille ist offenkundig nur ein Gottesprädikat (Martin Luther): Eine notwendige Unterscheidung von Gott und Mensch?"

Nr. 15/1984: Prof. Dr. jur. Klaus Obermayer: "Sozialstaatliche Herausforderung"